Freitag, 27 April. (Abend-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

№ 10314. Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Ketterhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 ℳ, durch die Post bezogen 5 ℳ. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen. **1877.**

Konstantinopel, 26. April. Eine officielle Regierungsdepesche meldet: Bei Tschuruk*) unweit Batum fand das erste Gefecht statt. Der Feind wurde geschlagen und in Unordnung zurückgeworfen. Er verlor 800 Mann.

*) Kiepert's Karte enthält den Ort nicht. 2 bis 3 Meilen südwestlich von Batum mündet der nicht unbedeutende Fluß Tscharuch oder Tschoruk in das Schwarze Meer.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 26. April. Nach einem bei „Lloyds“ eingegangenen Telegramm von der Sulina vom 25. d. sind dort 5 türkische Panzerschiffe eingetroffen, von denen vier auf der Rhede blieben, während eins in den Hafen einlief.

Bukarest, 26. April. Das 11. russische Armeecorps unter dem Fürsten Schahowski ist seit gestern im Vormarsch gegen Husch.

Bukarest, 26. April. Die Kammern sind heute vom Fürsten Karl eröffnet worden. In der Thronrede heißt es: Der Krieg ist ausgebrochen. Alle unsere Bemühungen bei der Pforte und den übrigen Mächten, die Neutralität Rumäniens als Recht anzuerkennen, waren vergebens. Da diese Neutralität von Niemandem anerkannt wurde, so ist es unsere Pflicht um jeden Preis zu verhindern, daß Rumänien zum Kriegsschauplatz gemacht werde. Die Mächte haben gegen den Einmarsch der russischen Armee nicht protestirt. Der Verfassung gemäß werden nun die Kammern der Regierung die von dieser einzunehmende Haltung vorzeichnen. Der Kaiser von Rußland hat erklärt, daß er nicht die Absicht habe, die Rechte Rumäniens anzutasten. Als ein Beweis der Anerkennung unserer politischen Individualität werden die russischen Truppen Bukarest nicht occupiren. In dem Gedanken an das Wohl des Vaterlandes ist der Parteihader unter den Rumänen verstummt. Ich werde meine Pflicht thun. Seit Beginn meiner Regierung war die Hebung Rumäniens und dessen Mission an der Donaumündung mein Gedanke. Für die Erhaltung der alten Rechte Rumäniens und der Integrität der Grenzen werde ich mit meiner Person an der Spitze der Armee einstehen.

Reichstag.

30. Sitzung vom 26. April.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Berathung des **Reichshaushaltsetats** für 1877/78 und in Verbindung damit die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Aufnahme einer **Anleihe** für Zwecke der **Marine-, Post- und Telegraphen-Verwaltung** und des Antrages Richter (Hagen), betreffend die **Abänderung** des Gesetzes vom 23. Mai 1873 über die **Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds**. — In der Generaldebatte erhält zunächst das Wort der

Abg. **v. Benda**: Wir haben in dem diesjährigen Reichs-Etat an dauernden Ausgaben bewilligt 413 Mill., im Extraordinarium 20 Mill., zusammen also 433 Mill. Mk. Dem gegenüber stehen die eigenen Einnahmen des Reiches mit 330 Mill., dazu die Matricularbeiträge mit 80 Mill., zusammen also 410 Mill. Mk. Einnahmen, so daß ein Deficit von 23 Mill. Mk. verbleibt. Wenn zur Deckung dieses Deficits für die Zukunft auf die regelmäßige und sichere Steigerung in den Einnahmen hingewiesen wird, so wird außer Acht gelassen, daß mit dieser Steigerung ebenso sicher und unvermeidlich eine Erhöhung der laufenden Ausgaben parallel geht. Somit drängen die Finanzzustände des Reiches mit Nothwendigkeit dahin, auf eine Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs Bedacht zu nehmen. Dieses kann nur geschehen auf dem Wege einer durchgreifenden Steuerreform und meine heutige Darlegung soll nur den Zweck haben, der Reichsregierung auf das dringendste ans Herz zu legen, mit ihren Plänen in Bezug auf eine solche Steuerreform endlich hervorzutreten.

Abg. **Jörg**: Als ich am 6. November v. J. meine Aeußerungen über die auswärtige Lage beendet hatte, antwortete mir der Minister v. Bülow, im Augenblicke seien die Aussichten friedlicher als je. Jetzt haben wir einen Krieg, in welchem wir erfahren werden, wie im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts ein Religions- und Racenkampf zwischen zwei großen Reichen an der Grenze Europas aussehen wird. Ich weiß, das Thema von den auswärtigen Angelegenheiten ist in diesem Hause ein sehr wenig beliebtes. Der Grund, ist einerseits das blinde Vertrauen der Majoritätsparteien zu den muthmaßlichen Entschließungen des Reichskanzlers, sodann aber auch der Umstand, daß die liberalen Parteien in der Ausbildung des Organs für die hohe Politik geradezu einigermaßen zurückgeblieben sind. Ich gehöre keineswegs zu den sogenannten Russenfeinden oder Türkenfreunden; so schwierig diese Stellungnahme auch gerade für unsere Partei ist. Wenn Sie bedenken, mit welcher tigerhaften Wuth der moskowitische Asiatismus gegen unsere Glaubensgenossen in seinem Bereiche vorgeht, werden Sie es begreiflich finden, wenn ich Ihnen sage, daß es unter meinen politischen Freunden in der That mehr sogenannte „Türken“ als „Russen“ giebt. Meine Herren! Ich sympathisire mit der ausgesprochenen Politik Rußlands, auf die der Reichskanzler in seiner damaligen Rede als auf einen festen Felsgrund seine Häuser gebaut hat. Aber ich unterscheide mich von den Russenfreunden dadurch, daß ich, durch eine lange Reihe welthistorischer Erfahrungen belehrt, glaube, gegen die Tücken, Zweideutigkeiten und Heucheleien, die gewohnheitsmäßig hinter dieser Politik zu stehen pflegen, stets auf der Hut sein zu müssen. (Hört! hört! im Centrum.) Meine Herren, auf das, was ich am 6. November vorigen Jahres gesagt, kann ich jetzt, wo das grauenhaft blutige Schauspiel des Krieges demnächst vor unseren Augen sich abspielen wird, wohl mit einiger Befriedigung zurücksehen. Ich sagte damals: Die heilsame Lösung dieser Frage bestände darin, daß ein abendländisches christliches Regiment — Rußland rechne ich nicht zu dem Abendlande — an der Stelle eingesetzt werde, wo durch göttliches Verhängniß nunmehr der Tod, der Wahnsinn und das unheilbare Siechthum herrscht. Seitdem von dem exilirten Großvezir Midhat Pascha behauptet wird, daß nach seiner Ansicht es in der Competenz des großen Sheriff von Mecca gelegen wäre, an der Stelle der verrotteten Dynastie des Hauses Osman eine Dynastie aus irgend einem alten Sultansgeschlechte herbeizuführen, bin ich um so mehr der Meinung, daß es in der Competenz der vereinigten Staaten Europas gelegen wäre, in der Türkei im Großen das zu thun, was im Kleinen in Belgien und Griechenland gethan wurde. Der Reichskanzler erklärte in seiner Rede, Deutschland wolle und könne nicht Rußland den Krieg verbieten. Er sagte, breche der Krieg aus, so werde es das Bemühen Deutschlands sein, ihn zu lokalisiren; gelinge das aber nicht, so entstehe eine neue Lage, über die er sich zur Zeit in Conjuncturen nicht einlassen könne. An einem gemüthlicheren Orte aber, als dieser Parlamentssaal ist, hat der Reichskanzler erklärt, das deutsche Reich könne zu einem activen Eingreifen in der orientalischen Frage dann veranlaßt werden, wenn die vitalen Interessen Oesterreichs in Frage kämen. Diese Aeußerung habe ich mit großer Genugthuung begrüßt, da ich denselben Gedanken immer verfochten habe. Als ich nach meiner Rede vom November von der Tribüne herabstieg, wurde mir von der linken Seite dieses Hauses nachgerufen: Ganzer Socialdemokrat. Auf die Gefahr hin, diesen Nachruf nochmals zu verdienen, muß ich auch heute erklären, es steckt in dieser orientalischen Frage ein bedeutendes Stück des großen Problems der socialen Frage. Ich sage das nicht nur in dem Gedanken an jene Rückwirkung, welche eine heilsame Lösung der orientalischen Frage unzweifelhaft durch die Erschließung der unermeßlich reichen Länder der Türkei für die abendländische Civilisation auf die socialen Zustände des ganzen Erdtheils ausüben wird, sondern ich glaube auch, daß von der glücklichen Lösung dieser Frage die Anwendung derjenigen Mittel abhängt, welche für die ernstliche Inangriffnahme des socialen Problems unerläßlich sind, und diese Mittel sind internationaler Natur. Die von den Socialisten verfochtene Idee eines Völkerbundes hat eine sehr conservative Seite und ich beklage, daß man die Cultivirung dieser Idee bis jetzt ausschließlich den radikalen Parteien überlassen hat. Fürst Bismarck hat selbst schon einmal einen Versuch in dieser Richtung an der Lösung der socialen Frage zu arbeiten gemacht. Als das spanische Cabinet im Februar 1872 an die verschieschiedenen Cabinette eine Circulardepesche erließ und ein gemeinsames Einschreiten gegen die Umtriebe der Internationalen verlangte, haben alle Cabinette ablehnend geantwortet. Nur der Reichskanzler machte eine Ausnahme und richtete an die österreichische Regierung die Aufforderung, zu einer social-politischen Conferenz mit Preußen zusammenzutreten und zwar, wohlgemerkt, nicht blos zum Zwecke von Repressiv-Maßregeln, sondern um wirklich organisatorische Schritte in dieser Frage zu berathen. So viel ich weiß, haben auch einige deutsche Einzelregierungen sich diesem Vorhaben angeschlossen und die preußische Regierung hat im Juli 1872 drei Commissare für diese Conferenz ernannt. Seitdem aber scheint die Sache eingeschlafen zu sein und sich im Sande verlaufen zu haben. Dafür erhebt sich genau seit dieser Zeit durch ganz Deutschland der Lärm des Culturkampfes. Natürlich mußte diesem kleinlichen und doch so reichsverderblichen Vorgehen gegenüber jeder höhere Aufschwung erlahmen und zum Stillstand kommen. Seit jener Zeit auch datirt sich das rapide Wachsthum der Socialdemokratie in Deutschland, die durch die gesetzlich geöffneten Thüren des Reiches in hellen Haufen einströmten. Daß der Zustand, in den wir gerathen sind, in der That ein sehr kranker ist, das ist mir auch als Zugeständniß aus der vorgestrigen Rede des hervorragenden Mannes entgegengeklungen, von dem ein Wort schwerer wiegt, als die Worte aller 396 übrigen Mitglieder des Hauses. Er hat diesen Zustand begründet mit dem unbesiegbaren Mißtrauen eines Nachbarstaates gegen uns. Ich stelle mich entschieden auf die Seite des Grafen Moltke. Ich glaube sogar, daß das unbesiegbare Mißtrauen nicht einzig und allein in diesem Nachbarlande existirt. Wenn aber dieses Mißtrauen wirklich beseitigt werden soll, dann liegt es in der Natur der Dinge, daß man den ersten Schritt zur Beseitigung nicht dem Geschlagenen zumuthe; sondern, meine Herren, der Sieger muß den ersten Schritt thun (Heiterkeit links), und in diesem Sinne betrachte ich die große Verwickelung, die jetzt vor uns steht, als eine Gnadenzeit für das deutsche Reich. (Beifall im Centrum. Zischen links.)

Abg. **Payer**: Es ist eine ganze Reihe von Mehrforderungen wiederum in den Militäretat aufgenommen worden, und meine politischen Freunde und ich werden deshalb gegen denselben stimmen. Während im ganzen Lande Noth herrscht, so daß man überall an Ersparung denken muß, geht man hier gerade im entgegengesetzten Sinne vor. Als einziger Grund wird stets auf die Zustände in Frankreich und das dort angeblich herrschende Mißtrauen hingewiesen; aber es ist ja natürlich, daß dasselbe nicht zur Ruhe kommen kann. Es ist schon vom Vorredner darauf hingewiesen worden, daß der Sieger die Verpflichtung hat abzurüsten, oder wenigstens nicht die Rüstungen fortwährend höher zu schrauben, um dadurch die Aengstlichkeit im anderen Lande zu vermehren und auch dort dieselbe Erhöhung herbeizuführen. Wohin soll das schließlich führen? Dies gegenseitige Abjagen wird schließlich nur aufhören, wenn einem der beiden Theile der Athem ausgeht, und das wird Deutschland sein, da es trotz der Milliarden, welche Frankreich hat zahlen müssen, das ärmere Land ist. Ich kann diese Folgen unmöglich verantworten und werde deshalb gegen den Militäretat stimmen.

Abg. **Frhr. v. Maltzahn-Gültz**: Es sind zu dem Etat einzelne Beschlüße gefaßt worden, denen wir nicht zustimmen konnten; wir werden trotzdem denselben im Ganzen genehmigen, verwahren uns aber dagegen, daß wir in späteren Jahren Maßregeln, wie z. B. die Verwendung von Restbeständen u. s. w. zustimmen würden. Für später werden wir auf die Verminderung resp. gänzliche Beseitigung der Matrikularbeiträge hinwirken, unter gleichzeitiger Reform des Steuerwesens.

Damit schließt die Generaldebatte. In der Specialdiscussion geben nur wenige Kapitel zu einer eingehenderen Besprechung Anlaß. Beim Etat des **Auswärtigen Amtes** ergreift

der Abg. **Lasker** das Wort: Der Abg. Jörg hat sich gewundert, daß seitens der liberalen Parteien Niemand über die auswärtigen Angelegenheiten das Wort ergriffen hat; er hat aber einen unrichtigen Grund dafür angegeben. Die liberalen Parteien haben keineswegs deshalb geschwiegen, weil ihr Organ für die hohe Politik noch nicht genügend ausgebildet ist; denn im Wesentlichen, glaube ich, daß über die Verhältnisse des eigenen Landes zum Auslande die Wünsche und Absichten aller Parteien übereinstimmen. Unser Grund besteht lediglich darin, daß wir annehmen, es gebe nur eine einzige Methode, in der man mit Nutzen über auswärtige Angelegenheiten verhandeln könne, wenn nämlich das thatsächliche Material dem Parlament zur Verhandlung mitgetheilt wird. Sobald dieser Vordersatz nicht vorhanden ist, nehmen alle Betrachtungen über auswärtige Angelegenheiten mehr und mehr den Charakter der Speculation an, die die Wahrheit und ein klares Urtheil nicht fördert. Dennoch bin ich weit entfernt, den Ausführungen des Abg. Jörg die Bedeutung abzusprechen; ich bin erfreut gewesen, daß er in seinem und seiner politischen Freunde Namen ausdrücklich erklärt hat, daß sie keine Sympathien für die Türken hätten, sondern in diesem großen Culturkampfe auf Seiten der abendländischen Cultur gegen die Unterdrückung des Orient ständen. Ferner ist es nicht gleichgiltig, daß er es als einen Fundamentalsatz der Politik hinstellt, daß man nicht das einseitige russische Interesse sich festsetzen lassen dürfe. Darin stimmt der Abg. Jörg nicht nur mit allen Parteien, sondern mit allen europäischen Staaten überein. Rußland selbst hat es wohl erkannt, daß in ganz Europa vermuthlich, wenn wir von einigen Vasallen-Staaten absehen, kein einziger Staat ihm Sympathien zuwenden würde, wenn es diesen Krieg allein im russischen Interesse führen wollte. In Deutschland bedurfte es keines Ausspruchs, um die öffentliche Meinung darüber aufzuklären, daß selbst gegen unseren Willen Bedingungen möglich sind, unter denen dieses Reich der Beeinträchtigung deutscher Interessen widerstreben möchte. Der Reichskanzler hat aber eine solche Besorgniß augenblicklich für unbegründet erklärt, ohne seine Entschließungen bei veränderter Sachlage für die Zukunft zu binden. Der Satz läßt sich nicht aufstellen, daß Deutschland in keinem Falle sich einmischen werde. Alle Parteien stimmen aber in dem vollkommensten Zutrauen zur auswärtigen Politik des Reichskanzlers überein. Das allein dient uns zur vollständigen Beruhigung. Auch der Abg Windthorst hat im Namen seiner Partei unzweideutig dasselbe ausgesprochen. Dann haben wir aber keine Veranlassung, an die Regierung die Aufforderung ergehen zu lassen, daß sie uns das thatsächliche Material zur weiteren Discussion unterbreiten möge. Ich muß noch der Auslegung widersprechen, welche der Abg. Jörg der neulichen Rede des Abg Graf v. Moltke gegeben hat. Er hat die Rede desselben dahin aufgefaßt, als läge es in der Politik des deutschen Reichs, daß gegen dieselbe in Frankreich Mißtrauen herrsche und nach der Meinung des Abg. Jörg soll dieses Mißtrauen sich auf alle Staaten erstrecken. — Ich habe bei aufmerksamem Zuhören gefunden, daß die Ausführungen des Grafen Moltke darauf hinausgegangen sind, mit dem Gewichte seiner Autorität darzuthun, daß naturgemäß und thatsächlich die Politik Deutschlands keine andere sein könne, als die des Friedens. (Sehr wahr!) Trotzdem herrsche ein ihm unverständliches Mißtrauen in Frankreich gegen Deutschland. Der Graf Moltke hat in dem Gange der deutschen Politik auch nicht den entferntesten Anlaß zu dem Mißtrauen irgend eines Staates gegen Deutschland gefunden, sondern er hat eine psychologisch ihm nicht erklärliche Bewegung als Grund dieses Mißtrauens bezeichnet, während die Thatsachen überall bekunden, daß Deutschland nur eine Friedenspolitik aufrecht erhalten wolle. Meinen Eindruck, daß die damaligen Worte des Grafen Moltke weder in Wort noch in Ton darauf berechnet waren, auch nur eine bedingte Drohung in das Ausland hinauszusenden, diesen meinen Eindruck hat zu meiner Freude, nachdem der authentische Text der Moltke'schen Rede in ihrem Zusammenhange bekannt geworden war, auch die öffentliche Meinung in Frankreich gehabt. Ich erkenne darin eine sehr erwünschte Reaction gegen das in Frankreich herrschende Mißtrauen. Der Grund für diese durchaus friedliche Tendenz der deutschen Politik liegt in der maßvollen Beschränkung in ihren auswärtigen Beziehungen. Keine Nation kann ihre Neutralität so unumstößlich festhalten, daß kein Ereigniß sie in den Krieg hineinreißen würde. Kein deutscher Staatsmann wird den wohlerwogenen Ausspruch thun können, auch der mächtigsten europäischen Bewegung würde Deutschland unter allen Umständen fern bleiben. Die Friedenstendenz Deutschlands liegt darin, daß es sich nicht das Weltrichterthum anmaßt, sondern sich auf die Wahrung der eigenen Interessen beschränkt. Nun halten Sie die Aeußerungen des Reichskanzlers und des Abg. Jörg gegeneinander. Der Reichskanzler erklärt mit seiner Autorität, daß augenblicklich ein deutsches Interesse nicht im Spiele sei und der russisch-türkische Krieg werde lokalisirt werden können. Sollte er sich hierin geirrt haben, so wolle er der kommenden Situation gemäß handeln, d. h. so wie es das deutsche Interesse gebieten wird. Im Gegensatz dazu meint Abg. Jörg auf Grund seiner historischen Studien, daß schon jetzt deutsche Interessen engagirt sind, er gebe deshalb die unhaltbare Position der Lokalisirung des Krieges auf und gehe offen sofort zum zweiten Fall über, zur Berathung darüber, was zu thun sein, da die deutschen Interessen unmittelbar in diesem Kriege engagirt seien. Ein gewöhnlicher Abgeordneter mag wohl hypothetisch sprechen, aber man wird zugestehen müssen, daß die Sprache des Reichskanzlers, für deren Wahrheit er ja mit seiner Ehre einsteht, für Europa die beruhigendere ist. (Sehr richtig!) Das hat auch Europa erkannt und mit der Person des deutschen Reichskanzlers die Friedenstendenzen in Verbindung gebracht. Erst hoffte man von ihm das Unmögliche, die Vermeidung des Krieges zwischen Rußland und der Türkei, obwohl zu einer solchen Hoffnung seit der Moskauer Rede des russischen Kaisers keine Veranlassung mehr war und jetzt erhofft man von ihm die Lokalisirung des Krieges. Diese offenkundige Meinung Europas zeigte sich auch darin, daß die Kanzlerkrisis allgemein als Kriegsbefürchtung aufgefaßt wurde. Haben wir nun als Deutscher Reichstag Veranlassung, dieses von Allen getheilte unerschütterliche Vertrauen auch nur dem Anschein nach erschüttern zu lassen? Wir arbeiten vielmehr an der Befestigung dieses Vertrauens und in diesem Sinne haben wir die neulichen Worte des hervorragenden Mannes in dem friedensvollen Sinne aufgefaßt, wie sie beabsichtigt waren. Der Erfolg hat gelehrt, daß die Stimme der Wahrheit auch in die Ferne dringt und daß man dem schlicht und nicht diplomatisch verhüllt redenden Manne volles Zutrauen schenkt. In der That darf Europa überzeugt sein, daß selbst, wo Deutschland durch technische Rücksicht sich gezwungen sieht, Vorkehr zu treffen für seine Sicherheit, diese Maßregel nur ein Act unerläßlicher Vorsicht sein soll. Nimmer wird Deutschland seine Friedensmission vergessen, welche nicht heißt, Neutralität unter allen Umständen, sondern Neutralität verbunden mit Wachsamkeit für die Interessen Deutschlands. Diese bedingte Friedensmission Deutschlands wird wohl nach der Ansicht aller Parteien vollständig repräsentirt durch den Reichskanzler. Deshalb ist Deutschland beruhigt, während der große Conflict an der Grenze zweier Culturen ausbricht. Nicht weil wir gleichgiltig sind gegen die auf dem Spiel stehenden Interessen oder weil wir gering über die Verwickelungen im Orient denken, schweigen wir, sondern weil wir glauben und die Nation es versteht, daß Deutschland ruhig sein darf. (Beifall.)

Abg. **Windthorst**: Wenn der Abg. Lasker glaubt, daß es sich bei der Rede des Abg. Jörg nur um allgemeine Speculationen handelt, so muß ich allerdings sagen, daß wir heute nur in der Lage sind, allgemein auf diese Sache eingehen zu können, weil wir von den Verhandlungen der Regierungen nichts wissen. Aber daß wir uns in dieser Lage befinden, ist ein Vorwurf für uns. Denn ich glaube, daß die Vertretung einer großen Nation, wie die deutsche ist, das Recht und die Pflicht hat, genaue Kenntniß zu nehmen vom Gange der auswärtigen Politik, und wir haben von einem Antrage, die Verhandlungen vorzulegen, nur deshalb Abstand genommen, weil wir wissen, daß wir bei den übrigen Fractionen, besonders bei der nationalliberalen, bei der Botschafterfraction und bei den Conservativen sicher keine Unterstützung finden. Die Herren sagen, weil es der Reichskanzler besser versteht, brauchen wir uns nicht darum zu kümmern. (Heiterkeit.) Es scheint mir doch nicht richtig, daß der deutsche Reichstag aus Respect vor dem Kanzler seinen eigenen kassirt. Ich habe gesagt, wenn die Politik eine friedliche ist, so bin ich einverstanden, und werde den loben, der uns den Frieden erhält. Ob die Lokalisirung des Krieges möglich sein wird, steht noch sehr dahin. Als ich neulich, bei der Beurlaubungs-Debatte, darüber sprach, haben viele Herren gelacht; heute lachen sie nicht mehr. (Rufe: O doch!) Nun, die Lachbedürftigen können ja in Gottes Namen fortlachen. (Heiterkeit.) Ich fürchte, der Gang der Ereignisse wird meine damalige Behauptung bestätigen. Wenn wir die vitalen Interessen Oesterreichs so betonen, so heißt das eben, wir wollen, daß Rußland seine Ziele nicht erreicht, die, man mag sprechen, was man will, im Hintergrunde lauern, daß Oesterreich und Deutschland nicht abgeschnitten werde von Schwarzen Meer. Im Kriegsmanifest ist der Ausdruck, man wolle keine Eroberungen machen, nicht mehr enthalten: es ist freilich nur vom Schutze der Christen in der Türkei die Rede, allein das ist doch eigenthümlich bei demjenigen, der die Christen im eigenen Lande zertritt. Dem Abg. **Lasker** bin ich dankbar, daß er der Rede des Grafen Moltke, die richtige Tendenz vindicirt hat; daß von keiner Seite, auch von Seiten der Regierung dieser Auslegung der Rede widersprochen ist, glaube ich, wird ein wesentliches Moment zur Beruhigung und Beschwichtigung sein. Friede ist unser Wahlspruch, freilich nur soweit es sein kann, ohne eine Verletzung der Interessen Deutschlands, und verletzt sind sie, wenn die Russen Miene machen, Constantinopel und die europäische Türkei für sich zu nehmen.

Abg. Graf v. **Moltke**: Ich danke dem Abg. Lasker, daß er mich richtig verstanden, und den Sinn meiner Rede besser dargestellt hat, als ich es vermocht. Wenn ich gesagt habe, daß in Frankreich große Truppenmassen zwischen Paris und unserer Grenze stehen, so hätte ich gleich hinzufügen müssen, daß im Gegensatz dazu unsere Regimenter gleichmäßig über das ganze Reich vertheilt sind. Wenn es daher nothwendig sei, eine ausgleichende Maßregel zu treffen, so habe ich sie im Voraus als eine solche bezeichnen wollen, die keinen offensiven und aggressiven Charakter hat und deshalb habe ich auch gesagt, daß ich unsere Politik so verstehe, daß sie nothwendig eine friedliche sein müsse, ohne daß wir deshalb auf jede Actionsfreiheit verzichten könnten.

Zum Kap. 12 desselben Etats: **Botschaften** hat Abg. Graf **Bethusy-Huc** beantragt, die in zweiter Lesung abgelehnte Erhöhung des **Botschafter-Gehaltes für London** von 120 000 auf 150 000 ℳ. nunmehr zu bewilligen. — Der **Antragsteller** begründet seinen Antrag damit, daß man den Londoner und den Petersburger Botschafter gleichstellen müsse. Der Nothstand und die Finanzlage gäben keinen Grund zur Ablehnung der Erhöhung, denn im Vergleiche mit den Botschaftern anderer Staaten seien die deutschen immer noch sehr bescheiden besoldet. — Staatssecretär v. **Bülow** befürwortet nochmals dringend die Mehrforderung der Regierung, weil es sonst leicht möglich sei, daß man den Posten bei seiner etwaigen Erledigung nicht mehr besetzen könne. — Abg. **Richter** (Hagen) verwahrt sich dagegen, daß man den Etat Deutschlands in dieser Beziehung mit dem Etat anderer Großstaaten vergleiche, die einen ausgedehnten Colonialbesitz haben. Jedenfalls aber ist darauf hinzuweisen, daß der Etat des Auswärtigen Amtes von Jahr zu Jahr gestiegen ist und sich seit den Zeiten des norddeutschen Bundes fast verdoppelt hat. Die Summe der Mehrforderung an sich ist ja geringfügig, allein wenn viele andere Beamtenklassen keine Aufbesserungen erhalten, so sollte man am allerwenigsten die Gehälter derjenigen Beamten erhöhen, die am besten gestellt sind. — Der Antrag Bethusy-Huc wird hierauf mit 139 gegen 138 Stimmen **abgelehnt**.

Bei der Position: „**Botschaft in Petersburg**“ beantragt Abg. v. **Schorlemer-Alst**, die in der zweiten Lesung bewilligte Erhöhung von 30 000 ℳ. wieder zu streichen. — Die Erhöhung wird genehmigt.

Bei der Position: „**Commissariat für das Auswanderungswesen**“ weist Abg. **Kapp** darauf hin, daß in der letzten Zeit besonders englische Agenten Deutsche zur Auswanderung nach Queensland in Australien und nach Capland verleiteten. So seien kürzlich 20 Weberfamilien ausgewandert, und wie es heiße, würden noch mehr nachfolgen. Nun liege es doch auf der Hand, daß solche Leute von schwächlicher Constitution durchaus nicht für den schweren Landbau geeignet seien, am wenigsten aber in jenen gefährlichen Districten. Er warne daher öffentlich vor solcher Seelenverkäuferei und ersuche die Regierung, England gegenüber

einmal ihren Standpunkt in dieser Frage klar zu machen. — Geheimrath v. Philipsborn erklärt, daß die Regierung ihr Augenmerk stets auf derartige Vorgänge gerichtet halte und auch in diesem Falle die nöthigen Schritte thun werde.

Bei der Position „Unteroffiziersschule zu Weilburg" giebt Generalmajor v. Voigts-Rhetz auf eine Anfrage des Abg. Lasker bei der zweiten Lesung einige nähere Erläuterungen über jenes Institut. Bei der Schule zu Annaburg sei es verschiedene Male vorgekommen, daß Väter ihre Söhne einfach zu einem anderen Berufe übergeführt hätten, nachdem diese mehrere Jahre jene Schule besucht und der Staat somit das nöthige Geld ohne Gegenleistung für sie bezahlt hätte. Deshalb werde auf der Schule zu Weilburg bei Eintritt des Schülers ein von diesem mit Genehmigung des Vaters oder des Vormundes unterschriebener Revers gefordert, auf Grund dessen bei zu frühem willkürlichen Abgang oder Uebergang des Schülers zu einem andern Beruf der Staat gegen diesen oder dessen Eltern civilrechtlich den Anspruch auf Kostenrückerstattung geltend machen könne, und zwar sei hierfür ein Satz von 465 ℳ. als den Selbstauslagen entsprechend angenommen worden. Sollte sich jedoch der Schüler nach seinem Abgang entschließen, in die Unteroffiziersschule oder als Freiwilliger in das Heer einzutreten, so habe er einen neuen Revers mit Genehmigung des Vaters oder Vormundes zu unterzeichnen, nach welchem er sich verpflichte, vier Jahre außer der gewöhnlichen Dienstzeit in der Armee zu dienen. Entziehe er sich jedoch nachher dieser Verpflichtung, so würde er wie jeder Soldat als Fahnenflüchtiger behandelt. — Abg. Lasker erklärt sich nach den gegebenen Aufklärungen völlig befriedigt und seine Bedenken als beseitigt. — Abg. Wehrenpfennig hebt hervor, daß die Maßregeln, welche die Regierung in Bezug auf jene Schule ergriffen hätte, völlig der auf Seminarien bestehenden Anordnung entspreche. — Abg. Richter (Hagen) spricht sich gegen die Schule aus. Es käme nicht auf das formelle Moment an, daß die Knaben bis zu 17 Jahren noch immer die freie Wahl eines andern Berufes hätten, sondern darauf, daß sie, in den frühesten Jahren von Familie und dem bürgerlichen Leben abgeschnitten und ohne Kenntniß desselben aufgewachsen, überhaupt gar nicht in die Lage kommen könnten, nach Belieben einen andern Beruf noch nachher zu wählen. — Die Position wird genehmigt.

Beim Etat des Reichsjustizamts spricht Abg. Windthorst die Hoffnung aus, daß das Gebäude für das Reichsgericht möglichst bald in Angriff genommen werde. Es sei aufgefallen, daß man sich vorläufig damit begnügt habe, ein Lokal zu miethen und man knüpfe daran die Befürchtung, daß die Regierung vielleicht noch auf einen Wechsel im Sitze des Reichsgerichts hoffe. — Unterstaatssecretär Friedberg hebt hervor, daß die Stadt Leipzig in der bereitwilligsten Weise sich erboten habe, einen geeigneten Platz für jenen Monumentalbau zu beschaffen, sowie, bis zur Ausführung des Baues die Georgenhalle miethsweise interimistisch zu überlassen. Da nun bis nach Einführung der neuen Strafprozeßordnung sich durchaus noch nicht übersehen lasse, wieviel Richter das Reichsgericht erhalten und welchen Umfang demgemäß dasselbe haben werde, so habe man das interimistische Gebäude, ein für seine Zwecke völlig geeignetes, vorläufig dankbar acceptirt. Einen Hintergedanken habe er absolut nicht gehabt. Er sei zwar ein entschiedener Gegner von Leipzig als Sitz des Reichsgerichts gewesen; nachdem aber der Beschluß durchgegangen, sei es Pflicht der Reichsregierung, das Gesetz in loyalster Weise zur Ausführung zu bringen.

Zu dem Etat der Post- und Telegraphenverwaltung beantragt Abg. Schmidt (Stettin), den Reichskanzler zu ersuchen, auf eine Herabsetzung der Telegraphengebühren des Auslandes im Verkehr mit Deutschland hinzuwirken. Der Antragsteller führt aus, daß die Telegraphengebühren zwischen dem Auslande und dem deutschen Reiche noch zu hoch und eine einheitliche Regelung dieses Verkehrs ein dringendes Bedürfniß ist. — Abg. Majunke wiederholt seine bei der zweiten Lesung bereits zur Sprache gebrachten Beschwerden über das Verbot des Vertriebs einer Reihe von deutschen Zeitungen in Elsaß-Lothringen. Der Oberpräsident stütze sich zur Begründung dieser Maßregel auf ein altes französisches Landesgesetz, das jedoch mit der Einführung des deutschen Reichspostgesetzes in den Reichslanden außer Kraft gesetzt sei. — Geh. Rath Ittenbach sucht nachzuweisen, daß der Ober-Präsident von Elsaß-Lothringen nach Lage der Gesetzgebung vollkommen berechtigt sei, gewisse Zeitungen zu verbieten. Dies Recht stütze sich auf ein französisches Decret von 1852, welches der Regierung die Befugniß gebe, im Auslande erscheinende Zeitungen zu verbieten. Ganz abgesehen hiervon aber beruhe das Recht des Oberpräsidenten auf dem § 10 des Verwaltungsgesetzes für Elsaß-Lothringen. — Generalpostmeister Stephan erkennt das in dem Antrage des Abg. Schmidt ausgesprochene Bedürfniß nach einer Herabsetzung der Gebühren für den telegraphischen Verkehr mit dem Auslande an. Namentlich mache sich dasselbe für den Verkehr mit England sehr fühlbar. Die Verwaltung werde es sich angelegen lein lassen, dem in dem Antrage Schmidt ausgesprochenen Wunsche zu entsprechen. — Abg. Lasker schließt sich der Erklärung des Bundescommissars an, daß der Oberpräsident formell vollkommen berechtigt gewesen sei, das Verbot der Zeitungen auszusprechen. Den Grund, daß die übrigen deutschen Staaten den Reichslanden gegenüber als Ausland zu betrachten seien, könne man allerdings nicht gelten lassen. Entscheidend sei dagegen der Umstand, daß das Verwaltungsgesetz von Elsaß-Lothringen, das dem Oberpräsidenten jene Befugniß einräume, jünger sei, als das Postgesetz und deshalb nicht durch dieses außer Kraft gesetzt sein könne. — Abg. v. Behr (Schmoldow) bittet den Antrag Schmidt (Stettin) abzulehnen. Eine Annahme desselben würde deshalb bedenklich sein, weil der Reichstag dadurch die Verpflichtung übernehmen würde, selbst auf Kosten des Tarifs für inländische Telegramme eine Herabsetzung für den ausländischen Verkehr herbeizuführen. Darauf könne der Reichstag aber in keinem Falle eingehen. — Die Debatte wird hiermit geschlossen und der Antrag Schmidt (Stettin) abgelehnt.

Bei dem Kap. 20 der Einnahmen „Matricularbeiträge" ergreift Abg. Rickert das Wort, um den Ausführungen des Abg. v. Benda in der Generaldebatte zu widersprechen; derselbe habe, als 1874 die Erhöhung der Matricularbeiträge vorgeschlagen wurde, entgegen der Ansicht der Majorität, diese Maßregel gebilligt, weil die Staaten darauf eingerichtet seien; heute, wo es sich doch nur um eine Erhöhung von 7 Mill. Mk. handele, sage er, es gehe nicht weiter. Redner ist der Meinung, daß es auch im nächsten Jahre noch so gegen werde, wie es bisher gegangen sei (Widerspruch. Ruf: Reform!) Damit ist aber keineswegs eine baldige Steuerreform ausgeschlossen. — Abg. Richter (Hagen): Ich würde nach den Ausführungen des Abg. Rickert schweigen können, wenn ich wüßte, ob seine oder die entgegengesetzten Anführungen des Hrn. v. Benda den Standpunkt der nationalliberalen, als der Ausschlag gebenden Partei vertreten. Unsere Schuld ist es nicht, wenn das Deficit nur um 17 000 000 ℳ. vermindert wird und 7 000 000 ℳ. Erhöhung der Matricularbeiträge erfolgt. Die von uns gemachten Deckungs- und Ersparungsvorschläge hätten ausgereicht, auch diese Erhöhung überflüssig zu machen. Nach dem Willen des Hrn. v. Benda würde noch stärkere Erhöhung der Matricularbeiträge eingetreten sein. Nach ihm würde schon im Jahre 1875 eine Erhöhung der Matrikularbeiträge um 25 Mill. Mk. eingetreten sein. Hr. v. Benda meint, dabei seien die alten Grundsätze der Finanzverwaltung verloren gegangen. Das gerade Gegentheil ist wahr; wir kehren jetzt zu diesen Grundsätzen, überflüssige Bestände einzuziehen, Einnahmen und Ausgaben richtig zu veranschlagen, zurück, während ein System des Altliberalismus oder Scheinconstitutionalismus künstliche Deficits, neue Steuern, alsdann Ueberschüsse und mit denselben neue Bedürfnisse in fortgesetzter Schraube hervorbrachte. Vorübergehende Mißverhältnisse rechtfertigen um so weniger eine Steuererhöhung, als den Privathaushaltungen es schon schwer genug fällt, die vorhandenen Steuern aufzubringen. Im Zusammenhang der Erörterung bedeutet die Benda'sche Steuerreform in Wirklichkeit Steuervermehrung. Nicht Steuervermehrung, sondern Ersparnisse sind am Platze; solche Reden, daß es ohne Vermehrung der Einnahmen nicht weiter fortgehen könne, regen aber die Regierung zu nichts weniger als Ersparung an und sind geeignet, die Situation des Reichstages zu erschweren. — Abg. v. Benda verwahrt sich entschieden dagegen, daß er die Reichsregierung zur Einführung neuer Steuern aufgefordert habe. — Abg. Wehrenpfennig: Er und seine Partei übernehmen die volle Verantwortung dafür, daß sie nicht die ganze Summe von 24 Mill. Mk Erhöhung der Matricularbeiträge, sondern nur den Betrag von 17 Mill. Mk. abgesetzt hatte. Er verstehe eine Finanzpolitik nicht, welche wie die von Richter verfochtene, nur um eine augenblickliche Erhöhung der Matricularbeiträge für dieses Jahr zu vermeiden, der Bilanzirung des Etats für das nächste Jahr mit unbedingter Sicherheit derartige Schwierigkeit bereite, daß alsdann auf eine sehr große Erhöhung der Matricularbeiträge oder Einführung einer neuen Steuer zu rechnen sei. Die Anschauung des Abg. Richter über die Einführung neuer Steuern theile er ganz besonders dann, wenn es sich um Einführung directer neuer Steuern handele. Es habe eine Zeit lang allgemein der Satz als Dogma gegolten, daß die directen Steuern als die gerechteren eine Forderung der Liberalen, die indirecten als die ungerechten eine solche der nichtliberalen Parteien sei. Diese Ansicht beruhe auf der Einbildung, die directen Steuern würden wirklich nach der Steuerkraft der Bevölkerung auferlegt werden. Nichts sei falscher. Es habe noch niemals eine directe Steuer gegeben, die nach dem wirklichen Einkommen bemessen sei aus dem einfachen Grunde, weil es gar kein Mittel gäbe, die wirklichen Einnahmequellen der verschiedenen Bevölkerungsklassen gleichmäßig heranzuziehen. Denn je nachdem die Einkommensquelle offen liege oder versteckt sei, werde der einzelne Steuerpflichtige schärfer oder gelinder hervorgezogen, der Beamte müsse bis zum letzten Thaler, der Grundbesitzer für jeden Morgen bezahlen, während die Papiere des Rentiers Niemand durchschauen könne. Auch dafür übernehme die nationalliberale Partei die volle Verantwortung, daß sie der Kriegsverwaltung für volle 7 Jahre die feste Präsenzziffer von 400 000 Mann gewährt habe. Sie habe nicht anders handeln können, nachdem der Kriegsminister erklärt, daß er die Bürgschaft für die Sicherheit des Reiches nicht übernehmen könne, wenn für die Ausbildung des einzelnen Soldaten nicht 2 Jahre und 7 Monate zugestanden würden. Gerade heute würden wenige Deutsche sein, welche jene Aufrechterhaltung unserer Wehrkraft nicht billigen wollten. — Darauf werden die Matricularbeiträge auf 81 044 171 Mk festgesetzt, gegen 97 892 346 Mk. in der Regierungsvorlage.

Ohne Debatte genehmigt das Haus das Etatsgesetz, in welchem die Ausgaben auf 540 536 915 ℳ., nämlich auf 412 713 516 ℳ. an fortdauernden und 127 823 399 ℳ. an einmaligen Ausgaben und ferner in Einnahme auf 540 536 915 ℳ. festgestellt wird. — Ebenfalls wird ohne weitere Debatte der mit dem Etat in Verbindung stehende Antrag Richter, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Errichtung des Reichs-Invalidenfonds und der Gesetzentwurf, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Marine-, Post- und Telegraphenverwaltung definitiv angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag.

Danzig, 27. April.

Der Abg. Jörg, der Herausgeber der historisch-politischen Blätter, der vornehmsten katholischen Zeitschrift, hält sich selbst für eine große Autorität in Dingen der auswärtigen Politik. Er ist im Reichstag schon früher von dem Fürsten Bismarck abgeführt worden und wagt sich jetzt in dessen Anwesenheit nicht leicht mehr vor. Gestern konnte er dies wieder einmal wagen in einer Rede, die sich über den orientalischen Krieg, den Culturkampf, die internationale Bedeutung der socialen Frage, über Weltausstellungen und verschiedenes Andere verbreitete, hauptsächlich aber den Zweck zu haben schien, eine frühere Rede des Abgeordneten in das Licht einer Prophetin zu setzen. Das Haus würde dieser Rede kaum mit solcher Aufmerksamkeit gefolgt sein, wäre sie nicht mit einer Reihe wohlvorbereiteter pikanter Bemerkungen gespickt und darauf berechnet gewesen, die Hörer über das eigentliche Ziel bis zum Ende in Zweifel zu lassen; als solches entpuppte sich schließlich die Bemerkung, daß Deutschland, um jedes Mißtrauen zu zerstreuen, den Anfang machen müsse, seinen Militärstand zu vermindern. Fürwahr, dazu ist jetzt gerade die richtige Zeit! Eine Erwiderung auf die Rede Jörg's bot später dem Abg. Lasker die Gelegenheit, die Auslegung der Dienstags-Rede Moltke's als einer „Krieg-in-Sicht"-Demonstration als eine falsche zu beweisen, in jener Rede sei ausdrücklich die friedliche Politik Deutschlands betont. Dieselbe Auffassung theilte sogar der Abg. Windthorst, und Graf Moltke selbst bestätigte sie. Die Panik in Paris ist durch einen telegraphischen Auszug hervorgerufen, den die officiöse „Agence Havas" den Pariser Zeitungen zustellte. Wir glauben aber, daß an der tendenziösen Fassung des Telegramms nicht die „Agence" die Schuld trägt. Diese wird vielmehr nur das reproducirt haben, was ihr das mit ihr im Cartell stehende Berliner officiöse Telegraphenbureau zugesandt hat.

In den gestrigen Reichstagsdebatten trat es in der Rede des Abg. v. Benda zu Tage, daß auch unter den Nationalliberalen die Steuerpläne des Fürsten Bismarck sich bereits manche Freunde erworben haben. Wir würden es aber für einen großen taktischen Fehler halten, wenn diese der Reichsregierung die gewünschte große Erhöhung der indirecten Steuern auf dem Präsentirteller entgegenbrächten. Die Conservativen wie die Freiconservativen haben sich schon dem Reichskanzler zur Durchführung seiner Steuerpläne zur Verfügung gestellt. Wir möchten aber die Liberalen davor warnen, in diesem Punkte dem Leiter unserer Politik ihre Dienste so eifrig anzubieten, mit den Fractionen der Rechten nach jenem Ziele einen Wettlauf anzustellen. Es geht jetzt der allgemeine Ruf nach Steuerreform, und auch wir halten eine solche für nöthig. Wenn diese „Reform" aber in Wirklichkeit eintritt, wird sie für Viele, die jetzt darnach schreien, weniger angenehm sein. Der Name „Steuerreform" klingt sehr schön, er involvirt aber für Viele auch eine größere Belastung. Bei der Gesetzgebung der letzten Lustren haben die Liberalen meist im Einverständniß mit der Regierung gewirkt, diese Gesetzgebung hat mancherlei Härten beseitigt, vieles Gute geschaffen, auch in der Belastung manche Erleichterung gebracht. Das nimmt der Philister, welcher die große Masse ausmacht, Alles ohne besondere Dankbarkeit als selbstverständlich hin, die einzelnen Unannehmlichkeiten aber, welche eine so durchgreifende Aenderung der Gesetzgebung besonders in der Uebergangszeit mit sich bringen muß, fühlt er als schwere Härten. Dieselben Leute, welche früher mit Ungestüm einzelne Maßregeln forderten, klagen jetzt über dieselben. Alles wird den Liberalen in die Schuhe geschoben, selbst conservative und ultramontane Parlamentarier waschen ihre Hände in Unschuld bei Besprechung von Gesetzen, denen sie selbst zugestimmt haben. So wird es auch mit der „Steuerreform" gehen. Den Mittelpunkt derselben soll eine um das Mehrfache gesteigerte Erhöhung der Tabacksteuer betragen. Stimmen die Liberalen heute auch derselben nur in gleicher Weise wie die conservativen Fractionen zu, so ist die Erhöhung der Tabaksteuer in wenigen Jahren ein Krebsschaden der „liberalen Wirthschaftspolitik," und die Ankläger der Liberalen finden ein williges Ohr besonders in den großen Massen. Jeder Arbeiter oder Handwerker, der sein Päckchen Taback oder seine Cigarre mit dem doppelten Preise bezahlen muß, wird denen anheimfallen, welche die hohe Tabaksteuer als einen Ausfluß des Liberalismus darstellen. Man überlasse daher den Conservativen das Wettrennen. Bei der Abfassung des diesjährigen Reichshaushaltsetats war es darauf abgesehen, dem Reichstage bei Deckung des Deficits die Initiative zur „Steuerreform" zuzuschieben. Die Majorität hat sehr weise eine solche Initiative abgelehnt und erklärt, dieselbe komme der Reichsregierung zu, der Reichstag werde jede Reformvorlage mit der größten Gewissenhaftigkeit prüfen. Wir glauben, es ist schon aus obigen Gründen gut, wenn bei dieser Taktik verharrt wird. Es sprechen dafür auch noch constitutionelle und andere Motive, die gestern im Reichstage erwähnt wurden.

Im Zusammenhange mit den wirthschaftspolitischen Verhandlungen der jüngsten Zeit beginnt jene Agitation wieder das Haupt zu erheben, welche im vorigen Sommer so geräuschvoll darauf hinwirkte, in unseren parlamentarischen Vertretungskörpern an die Stelle der politischen Parteien wirthschaftliche Interessengruppen zu setzen, oder, wie es nach der Ansicht Mancher vielleicht richtiger bezeichnet werden kann, die bestehenden politischen Parteien durch die einseitige Betonung wirthschaftlicher Fragen zu sprengen. Jetzt erscheint an der Spitze dieser Agitation die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung". Sie predigt die Erkenntniß, daß unsere politischen Parteien „sich überlebt haben" — selbstverständlich mit Ausnahme der deutschconservativen Partei, welche eben erst ins Leben eingetreten ist —; nach ihrer Ueberzeugung „haben die thatsächlichen Verhältnisse sich derartig gestaltet, daß eine Volksvertretung im wahren Sinne des Wortes nicht mehr nach der alten Schablone zusammengesetzt werden sollte"; sie läßt die Möglichkeit einer Auflösung des Reichstags durchblicken und sieht für die Neuwahlen bereits eine Agitation voraus, „für welche die in der letzten Wahlcampagne versuchten Gruppirungen nur ein leichtes Vorspiel waren." Man sieht, wie sehr dem Organ der Deutschconservativen durch das Gelingen der bekannten conservativ-ultramontan-socialdemokratischen Coalition bei Constituirung der Gewerbeordnungscommission der Kamm geschwollen ist. Leider hat nur der am Dienstag von dieser Commission gefaßte Beschluß, welcher jene Coalition zum lebhaften Verdruß der Deutschconservativen so rücksichtslos wieder auseinanderriß, diesen siegessicheren Ausblick in die Zukunft stark verdunkelt, und thatsächlich ist die durch die gesammten Gewerbeordnungsverhandlungen geschaffene Situation so ziemlich das grade Gegentheil von derjenigen, welche der „N. A. Z." vorschwebt. Die Agitation, welche die deutschconservativen Organe mit der Gewerbeordnungsrevision treiben, stützt sich im letzten Grunde immer auf die Behauptung, daß die Liberalen sich gegen die Abstellung notorischer Mängel der Gewerbeordnung schlechterdings ablehnend verhielten und die Hilfesuchenden durch Phrasen abzuspeisen suchten. Die Unwahrheit solchen Geredes liegt nach den unzweideutigen Erklärungen der liberalen Redner, zum mindesten derjenigen der nationalliberalen Partei auf der Hand. Vielmehr haben die Verhandlungen klargestellt, daß die nationalliberale Partei in Bezug auf den allgemeinen Charakter und die Grenzen einer Revision der Gewerbeordnung mit der Reichsregierung ganz übereinstimmt, während die Deutschconservativen durch ihre Protection des vom Präsidenten des Reichskanzleramts ausdrücklich als eine Herausforderung, als ein sehr schwerer Angriff gegen die Regierung bezeichneten Antrags Galen der letzteren gradezu feindlich gegenübertraten. Unter diesen Umständen bekundet die Annahme der Möglichkeit einer Auflösung des Reichstages, die doch nur den Zweck haben könnte, die gegenwärtige Majorität durch eine neue auf der Basis der deutschconservativ-ultramontanen Coalition zu verdrängen, zum mindesten eine recht seltsame Auffassung der Lage.

Die „Prov.-Corr." stellt an der Spitze ihres neuesten Blattes die wichtigsten der Actenstücke zusammen, welche den Bruch zwischen Rußland und der Türkei constatiren, erwähnt dann der Vertretung der russischen Unterthanen in der Türkei durch die deutschen Consulate als einen erneuten Ausdruck des zwischen Deutschland und Rußland bestehenden freundschaftlichen Verhältnisses und schließt mit den Worten: „Die deutsche Regierung hat behufs wirksamer Wahrnehmung der deutschen und der ihr anvertrauten Interessen im türkischen Reiche, sowie ihrer ferneren politischen Aufgaben unter den jetzigen schwierigen und bedeutsamen Verhältnissen die Entsendung eines außerordentlichen Botschafters nach Konstantinopel in Aussicht genommen."

Die Russen haben sich in Rumänien zunächst der wichtigsten strategischen Punkte an den rumänischen Eisenbahnen zu bemächtigen gesucht. Der augenblicklich wichtigste ist die über den Sereth unweit der Mündung desselben in die Donau führende Eisenbahnbrücke bei Barboschi oberhalb Galatz. Die Bahn, welche der russischen Armee später allein den Nachschub sichert, führt von hier bis Braila, nur eine kurze Strecke von der die türkische Grenze bildenden Donau. Die Brücke ruht auf elf Pfeilern, ist aus Eisen mit Parabel-Trägern construirt, hat acht Oeffnungen zu 19 Meter und zwei Oeffnungen zu 47 Meter, je vier der kleineren Oeffnungen sind auf jeder Landseite, während die zwei großen Oeffnungen das eigentliche Strombett bezeichnen. Gelingt es den Türken, den mittleren Strompfeiler zu sprengen, so wird die Brücke auf wenigstens 94 Meter Länge zerstört. Zu beiden Seiten der 246 Meter langen Brücke ist das Terrain auf eine Strecke von 21 Kilometern überschwemmt, der Bahndamm bildet hier gegenwärtig das einzige trockene Land. Mit Rücksicht darauf, daß somit behufs Reconstruirung der Brücke durch einen hölzernen Nothbau nirgends genügender Platz vorhanden ist, um eine sog. Baustelle zu errichten, würde diese Arbeit vielleicht einen Zeitraum von Monaten erfordern. Wenn es den Türken gelingen würde, die Barboschi-Brücke zu zerstören, so würde dies für den Verlauf des Feldzuges von nicht geringer Bedeutung sein. Die Türken haben es versäumt, sich bei Beginn der Feindseligkeiten der Brücke durch einen Handstreich zu bemächtigen. Die Russen haben sich beeilt, die Brücke zu besetzen und sie sollen selbst schon schweres Geschütz zur Vertheidigung der Brücke placirt haben. In der „N. fr. Pr." finden wir ein Telegramm aus Jassy, wonach dort, freilich nur gerüchtweise verlautet, daß drei türkische Kanonenboote in den Sereth bei Barboschi eingelaufen sind; dieselben sollen beabsichtigen, die Serethbrücke zu zerstören.

Aus Bukarest wird gemeldet, daß der größte Theil der russischen Truppen über Belgrad (im rumänischen Bessarabien) an die untere Donau rückt. Die Russen scheinen sich zunächst, wie wir schon gestern vermutheten, der Dobrudscha bemächtigen zu wollen. In Bukarest hält man es für zweifelhaft, ob die im Donauvilajet stehenden türkischen Truppen schnell genug in der Dobrudscha eintreffen können, um den Russen den Weg zu verlegen. Die telegraphische Verbindung zwischen Rumänien und der Türkei ist in der Nacht zu Mittwoch unterbrochen worden.

Aus obiger telegraphischer Nachricht ersieht man, daß Fürst Karol von Rumänien den Russen nicht den Durchmarsch gestattet hätte, wenn ihm von den Mächten die Neutralität garantirt worden wäre. Er wurde überall zurückgeworfen und mußte darum sich in die Arme Rußlands werfen. Die Türken scheinen nun doch sich einiger strategischer Punkte an dem linken Ufer der Donau bemächtigen zu wollen. In der Wallachei herrscht eine sehr gedrückte Stimmung, auch in Bukarest, man fürchtet noch einen Ueberfall der Türken, ehe die Russen Hilfe leisten können. Diese haben übrigens, wie sich jetzt herausstellt, schon mehrere Tage vor der Kriegserklärung verschiedene kleine Trupps mit der Bahn zur Verstärkung der Rumänen an die Donau gesandt. An Rumänien's Westende, in Turn-Severin, bauen russische Pioniere bereits eine Brücke über die Donau, angeblich nur, um die noch in Serbien befindlichen russischen Freiwilligen über die Donau zu schaffen, wo sie zu kleinen Corps formirt werden sollen.

Die in Rumänien zu Tausenden lebenden emigrirten Polen haben sich zum großen Theile vor den Russen geflüchtet. Die, welche den Russen in Jassy in die Hände fielen, sollen als türkische Spione festgenommen sein.

Von mehreren Seiten wird bestätigt, daß die Russen auch in Asien, z. B. bei Alexandrinopel, die Grenze überschritten haben. Laut der Pariser „France" wurden die ersten Flintenschüsse in Asien zwischen den türkischen und russischen Vorposten ausgetauscht, als die von Atzkhur ausmarschirten russischen Vorposten sich bei Ueberschreitung der Grenze in der Richtung nach Kars in Bewegung setzten. Die Kurden griffen nach derselben Quelle auf der kaukasischen Grenze das russische Fort Schefreli an, welches von drei Bataillonen vertheidigt wird.

Der Sultan hat jetzt die heilige Fahne des Propheten entfaltet, um den Glaubensfanatismus der Muselmänner noch mehr zu entflammen, und will sich zur Armee begeben. Der Entschluß wird ihm schwer geworden sein. Der „Pol. Corr." schreibt man aus Konstantinopel vom 20. April: „Die Minister suchen den Sultan zu bestimmen, sich zur Donau-Armee zu begeben und gleich dem Kaiser Alexander in Kischeneff, dieselbe eine Revue passiren zu lassen. Abdul Hamid zögert aber, aus Besorgnissen vor Ruhestörungen in der Hauptstadt und vor neuen Conspirationen zu Gunsten seines entthronten Bruders Murad oder des Prinzen Izzedin, Konstantinopel zu verlassen. Auch flößt ihm die Haltung der Partei Midhat Paschas, welche zu allen Wagnissen fähig ist, Furcht ein. Der Kriegsminister Redif Pascha und der Schwager des Sultans, Mahmud Damat Pascha, nähren diese Abneigung des Sultans gegen eine Entfernung von Konstantinopel, weil sie sich in einem solchen Falle selbst unsicher fühlen müßten. Die Reise des Sultans ist demnach nicht wahrscheinlich. Redif Pascha weigert sich unter dem Vorwande, daß er krank sei und keine Strapapen erleiden könne, nach Kars und Erzerum abzureisen. Der eigentliche Grund seiner Weigerung ist aber die Gewißheit, von seinen zahlreichen Gegnern im Ministerium selbst sofort deplacirt zu werden, sobald er der Hauptstadt den Rücken kehren wird."

Deutschland.

△ Berlin, 26. April. Wie wir heute mit Bestimmtheit melden können, wird das Patent-Schutz-Gesetz jedenfalls im Reichstag zur Berathung gelangen. Die Regierung legt den größten Werth darauf, dasselbe zu greifbaren Ergebnissen zu fördern. Die Zahl der zu dem Gesetze eingebrachten Anträge und Resolutionen ist ziemlich beträchtlich. Auch das Seeunfallsgesetz hofft man als ein Resultat der Session hervorgehen zu sehen. Zu voraussichtlich umfangreichen Berathungen wird der Landeshaushaltsetat für Elsaß-Lothringen führen. — Mit großer Spannung sieht man im Reichstage dem Ausgange der Debatten über das Ausgleichsgesetz entgegen. Dieselben würden sich wesentlich verkürzen, wenn, wie dies die Freihändler wohl etwas sanguinisch hoffen, schon bei der zweiten Lesung die ersten Paragraphen, welche das Prinzip

:: Vorlage enthalten, bei der bereits ge-
anten namentlichen Abstimmung abgelehnt
rden würden. Die Schutzzöllner halten
rerseits nun auch die Annahme der Vorlage für
sichert. Beide Lager haben in den letzten Tagen
n Telegraphen eifrig spielen lassen, um ihre
nhänger so zahlreich wie möglich für die Ab-
mmungen herbeizurufen. — Im preußischen
nterrichtsministerium werden die Arbeiten an
em Unterrichtsgesetz mit Aufgebot aller
räfte gefördert und doch sind sie noch weit von
rem Abschluß entfernt. Es stellt sich jetzt heraus,
aß der Entwurf zum ersten Male ganz gründlich
urchgearbeitet worden ist und alle seine Vor-
änger mehr oder minder für die praktische Aus-
ührung unanwendbar gewesen sind. — Der
rof. Conzen aus Wien ist soeben als Nach-
olger des Prof. Böttiger in dessen Stellung als
Director der Abthl. für Sculpturen und Gyps-
bgüsse im Königl. Museum berufen worden.
rof. C. war bisher als Docent der Archäologie
hätig.

* Die diplomatischen Vertreter am hiesigen
Hofe, welche gleichzeitig in Karlsruhe accreditirt
ind, namentlich der italienische Botschafter und die
Gesandten Spaniens und Belgiens, werden sich in
den nächsten Tagen nach Karlsruhe begeben, um
dem Großherzoge von Baden anläßlich der
Feier seines 25jährigen Regierungsjubilä-
ums die Glückwunschschreiben ihrer Souveräne zu
überbringen.

* Die in Ostasien stationirte Corvette „Luise“
hat Ordre erhalten, die Reise nach der Heimath
via Suezcanal anzutreten. Directe Briefsen-
dungen 2c. sind zu adressiren bis 2. Mai nach
Singapore (via Marseille), vom 3. Mai bis
25. Juni nach Aden und vom 26. Juni bis auf
Weiteres nach Port Said.

— Der zum Unter-Staatssecretär im Ministe-
rium des Innern ernannte Regierungs-Präsident
Bitter wird seine Stellung am 1. Mai antreten.
Der bisherige interimistische Verweser, Geh.-Rath
v. Klützow, ist bei seinem Austritt aus dem
Staatsdienst zum Wirklichen Geheimen Rath mit
dem Prädicat „Excellenz“ ernannt worden.

* Die „Post“ erfährt, daß auch die übrigen
Großmächte, natürlich mit Ausnahme Rußlands,
sich entschlossen haben, wieder Botschafter nach
Konstantinopel zu senden, wie dies England
bereits gethan hat. Der Entschluß entspricht der
völlig neuen Situation, welche inzwischen einge-
treten ist.

Wiesbaden, 25. April. Der Kaiser hat
heute eine Spazierfahrt gemacht und am Abend
einer Dilettantenvorstellung im Theater beigewohnt.
Prinz Heinrich VII. Reuß ist heute hier einge-
troffen. Die Großherzogin von Baden reist heute ab.

Oesterreich-Ungarn.

Prag, 24. April. Ein Erlaß des Cultus-
ministers spricht das strengste Verbot gegen
das Sammeln von Unterschriften für das Papst-
Jubiläum in den Schulen Böhmens aus.

Schweiz.

Bern, 23. April. Einer gestern in Rom
zwischen Hrn. Pioda, dem dortigen schweizerischen
Gesandten, und dem italienischen Handelsminister
ausgetauschten Erklärung zufolge bleibt der von
der Schweiz und Italien am 22. Juli 1868 abge-
schlossene Handelsvertrag, dessen Revision be-
kanntlich von Italien gleichzeitig mit der der mit
Frankreich und Oesterreich bestehenden Handels-
verträge beantragt worden ist, noch bis Ende dieses
Jahres in Kraft. — Die amtliche Veröffentlichung
des von den eidgenössischen Räthen beschlossenen
neuen Bundesgesetzes, betreffend die Arbeit in
den Fabriken, ist vom Bundesrathe in seiner
heutigen Sitzung auf den 25. d. M. anberaumt
worden. Demnach wird die Frist — 90 Tage vom
Datum der Veröffentlichung an — für das Be-
gehren, die Volksabstimmung über dasselbe vorzu-
nehmen, am nächsten 24. Juli abgelaufen sein. Den
ersten Sturmanlauf gegen das Gesetz haben bereits
die schweizerischen Spinnereibesitzer unternommen.
Daß die Sammlung der für das Referendums-
begehren nothwendigen 30 000 Unterschriften ge-
lingen werde, unterliegt wohl keinem Zweifel; da-
gegen scheint die Volksstimmung im Großen und
Ganzen nicht gegen das Gesetz zu sein.

Spanien.

Madrid, 25. April. Die Cortes sind heute
eröffnet worden. In der Thronrede des Königs
wird hervorgehoben, daß die Beziehungen Spaniens
zu allen Mächten freundschaftlicher wären, als je
zuvor. Kleine Differenzen mit den Vereinigten
Staaten, mit Deutschland und England anläßlich
der Sulu-Inseln seien beigelegt worden. Der
König hoffe, daß auch die Pacification von Cuba
demnächst stattfinden werde. Das Gesetz über die
Fueros sei in den baskischen Provinzen
mit Mäßigung zur Anwendung gebracht worden.
Die gegenwärtige politische Lage gestatte nicht,
Heer und Flotte zu vermindern. Am Schlusse der
Thronrede hebt der König hervor, daß zwar schon
Vieles für das Wohl des Landes gethan sei, daß
aber noch Vieles zu thun übrig bleibe, namentlich
in Bezug auf die Reorganisation der Finanzen.
Der König rechne hierbei auf die Unterstützung des
Parlamentes. (W. T.)

England.

London, 25. April. Bei einem Bankett
von Mitgliedern der conservativen Partei
hielt der Kanzler der Schatzkammer, Northcote,
eine Rede, in welcher er hervorhob, daß die englische
Regierung die Lage der Dinge nicht mit leichtem
Herzen betrachte, sondern mit Besorgniß, doch aber
in dem Bewußtsein, ihre Pflicht gethan zu haben
Sie werde auch fernerhin ihre Pflicht thun, indem
sie mit Sicherheit auf die Unterstützung des Landes
rechne in Allem, was sie unternehmen würde.

Rußland.

Petersburg, 25. April. Das Manifest
des Kaisers Alexander ist gestern in Kischeneff
vor der Front der Truppen in Gegenwart des
Kaisers verlesen worden. Danach fand die Cere-
monie der Segnung des Oberstcommandirenden
vor dem Eintritt der Armee in das Feld durch
den Bischof statt. Heute ist das Manifest in allen
Kirchen des Reiches verlesen und überall mit
großem Enthusiasmus begrüßt worden. Kaiser
Alexander kehrt am 26. d. hierher zurück. —
Bezüglich des Urlaubsgesuches des russischen Bot-
schafters in London, Grafen Schuwaloff, be-
merkt die „Agence Russe“, daß Graf Schuwaloff
bereits vor 3 Monaten aus persönlichen Gründen
einen Urlaub nachgesucht hat. Der Verwalter
seiner Güter war plötzlich gestorben. (W. T.)

Petersburg, 26. April. Der hiesige
Magistrat hat nach Verkündigung des Mani-
festes gleichfalls beschlossen, eine allgemeine gottes-
dienstliche Feier zu veranstalten, eine Subscription
für die Verwundeten zu eröffnen und die Höhe
des Beitrags der Stadtgemeinde in nächster
Sitzung festzustellen. Ferner sollen an die Groß-
fürsten Nicolaus und Michael Glückwunschtele-
gramme gerichtet und der Kaiser bei seiner Rück-
kehr hierher durch eine Deputation bewillkommnet
werden. (W. T.)

Nach einem Warschauer Bericht des „Czas“
soll der Czar aus seinem großen Privatver-
mögen 200 Millionen zu Kriegszwecken ge-
widmet haben (?).

Die „Birschewyja Wjedomostik“ und die „Pet.
Gaseta“ sind auf einen Monat suspendirt
worden. Die „Nowosti“ verlieren das Recht des
Einzelverkaufs. Kürzlich wurden zwei Moskauer
Journale, welche eine Rede des dortigen Slawen-
Comitépräsidenten Aksakoff abdruckten, confiscirt.

Türkei.

* Konstantinopel, 19. April. Inmitten ihrer
kriegerischen Vorbereitungen setzt die türkische Re-
gierung auch alle Hebel in Bewegung, um den
europäischen Geldmarkt für eine Anleihe günstig
zu stimmen. Herr Franz Grünzweig, eine in
Finanzkreisen bekannte und geschätzte Persönlichkeit
reist im Interesse des türkischen Gouvernements
nach Wien, um dort mit mehreren Finanzgrößen
zusammenzutreffen und über die Modalitäten zu
berathen, unter welchen eine derartige Finanz-
operation durchzuführen wäre. — Viele der hiesigen
reichen griechischen und armenischen Familien reisen
ab; die meisten begeben sich über Triest nach Italien
und Frankreich. — Der Stand der türkischen Armee
beziffert sich nach Angaben des hiesigen Kriegs-
ministeriums wie folgt: 100 Bataillone in Widdin,
18 Trnova, 34 Schumla und Umgebung, 4 Nikopolis,
2 Sistro, 18 Rustschuk, 6 Turtukan, 19 Silistria,
13 Dobrudscha, 16 Varna. Total 230 Bataillone
mit einer Gesammtstärke von ca. 200 000 Mann.

Konstantinopel, 25. April. Oberst Baker
ist zum Chef der Gensdarmerie ernannt. — Die
türkischen Journale behaupten, Suleiman Pascha
habe die Montenegriner zurückgeworfen,
den Dugapaß passirt und marschirte nun auf
Nikſitsch zu. (W. T.)

Aus Kattaro, vom 25. April, wird tele-
graphirt: Die Miriditen, welche von 14 türkischen
Bataillonen und 2000 Baschi-Bozuks bedroht, eine
Cernirung befürchteten, haben Orosch ohne Kampf
verlassen. Die von ihnen verlassenen Stellungen
sind am 22. d. von türkischen Truppen besetzt
worden. Die montenegrinischen Streitkräfte befinden
sich auf dem Marsche nach der Grenze von Albanien.
Fürst Nikita ist mit seinem Generalstabe gestern
ebenfalls dahin abgereist.

Cattaro, 23. April. Die Bewegungen
der Montenegriner haben bereits begon-
nen. Vukotitsch besetzte Krstac und erhielt von
Zubci aus eine 800 Mann starke Abtheilung unter
Vukatovic als Verstärkung, da die Türken Vorbe-
reitung treffen, um in den Duga-Paß einzudringen.
Eine dritte montenegrinische Abtheilung unter
Pero Jokasco ist in Banjani eingetroffen. Su-
leiman Pascha wartet allem Anscheine nach noch
das Eintreffen weiterer Truppen aus Bosnien ab,
um die Feindseligkeiten gegen Montenegro zu be-
ginnen.

Rumänien.

Bukarest, 25. April. Die rumänische Re-
gierung hat an die Präfecten den Befehl erlassen,
im Verkehre mit den Commandanten der
fremden Truppen nicht als Agenten der Central-
gewalt, sondern lediglich als Polizeibeamte aufzu-
treten und durch ihre offiziöse Vermittelung die
Bevölkerung vor jedem Conflict zu bewahren.
Außerdem hat die Regierung beschlossen, den Mu-
nicipalbehörden die Vertretung der communalen
Interessen in den Beziehungen zu den Comman-
danten der fremden Truppen zu überlassen. (W. T.)

* Die Bank von Rumänien hat im Ver-
trauen auf die „gute Disciplin“ der russischen
Truppen ihre Werthbestände von Bukarest nach
Wien gesandt.

Amerika.

New-Orleans, 25. April. Die demokratische
Legislatur von Louisiana, von welcher Nicholls als
Gouverneur anerkannt wird, ist gestern ruhig in
das Regierungsgebäude eingezogen, nachdem der
von der republikanischen Partei aufgestellt ge-
wesene Gegengouverneur Packard dasselbe vorher
geräumt hatte.

Asien.

In Reſcht in Persien ist die Pest aus-
gebrochen.

Danzig, 27. April.

* In Angelegenheiten des Weichsel-Nogat-
Regulirungsprojectes sind zur Zeit die Herren
Geh. Oberbaurath Wiebe aus Berlin und Re-
gierungsbaurath Alsen von hier auf einer Bereisung
der beiden unteren Stromläufe begriffen. Die
Herren haben gestern ihre Inspectionen an den
Mündungen der Nogat begonnen, dann die Durch-
bruchsstellen bei Fischerskampe und Zeyer besichtigt
und begaben sich heute in das Gebiet der unteren
Weichsel, um namentlich die projectirte Durchstichs-
stelle bei Danziger Haupt eingehender zu besichtigen.

Der Wasserstand der Weichsel erhält jetzt
durch das gewöhnlich nach längerer Pause dem
Eisgange folgende Frühjahrs-Hochwasser eine neue
Steigerung. Aus Warschau wird von gestern
gemeldet: Wasserstand 7 Fuß 2 Zoll, nimmt noch
zu. Bei Thorn ist gestern der Wasserstand von
8 Fuß 1 Zoll auf 8 Fuß 6 Zoll, bei Dirschau
von 13 Fuß auf 13 Fuß 2 Zoll gewachsen.

Eine heute Mittags aus Warschau einge-
laufene Depesche meldet: „Wasserstand 7 Fuß 8 Zoll,
steigt noch.“

* Wie wir vernehmen, soll mit der Herstellung des
großen eisernen Docks neben der hiesigen kaiserlichen
Werft noch in diesem Sommer begonnen werden. Die
Vorarbeiten dazu werden bereits gefertigt, auch ist für
die Aufstellung des Docks die baupolizeiliche Genehmi-
gung beantragt worden.

* Die rückläufige Bewegung, welche sich in dem
deutschen Handwerk, insbesondere in den kunstgewerb-
lichen Zweigen desselben seit einiger Zeit bemerkbar zu
machen scheint, und grade den Kreisen der betr. Gewerbe
die lautesten Kassandrarufe über den Verfall des Hand-
werks entlockt, hat wenigstens das eine Gute gehabt,
daß dadurch dem bei uns sehr vernachlässigten gewerb-
lichen und allgemeinen Fortbildungsschulwesen
ein heilsamer Impuls gegeben ist. Nicht nur beherrscht
dieser Gegenstand zur Zeit die Tagesordnungen unzäh-
liger Versammlungen, beschäftigt er häufiger denn
sonst die parlamentarischen Kreise, auch die Re-
gierung dokumentirt für denselben ein wachsen-
des Interesse, selbst die Innungen und Hand-
werker-Verbindungen, in deren Mitte die Fortbildungs-
schule bisher wohl die zahlreichsten und energischsten
Gegner hatte, haben zumeist die Rolle des Saulus mit
der des Paulus vertauscht und auch die bisher, wenig-
stens im Punkte der gewerblichen Fortbildungsschule
sehr magere Fachliteratur beginnt allmälig ihre Lücken
auszufüllen. Einen sehr schätzenswerthen Beitrag in
dieser Richtung hat neuerdings wieder Herr Oberlehrer
Dr. Nagel in Elbing, der über den Gegenstand wohl
am besten informirte verdienstvolle Fö derer dieser Fort-
bildungs-Anstalten geliefert. Dr. Nagel hatte bekannt-
lich im Herbst v. J. in Folge eines ihm durch die
Minister des Cultus und des Handels und die Direction
des gewerblichen Central-Vereins ertheilten Auftrages eine
Reise zur persönlichen Information und Sammlung
sachlichen Materials über die gewerblichen Fortbildungs-
schulen in Hamburg, Hessen, Baden, Würtemberg,
Baiern und Königreich Sachsen unternommen und da-
bei auch die auf der Kunstgewerbe-Ausstellung in Mün-
chen ausgestellten Arbeiten einer großen Menge gewerb-
licher Fortbildungsschulen besichtigt. Nachdem er dem
Ministerium Bericht erstattet, hat Dr. N. seine Samm-
lungen und Beobachtungen nun noch ausführlicher zu-
sammengestellt und mit kritischer Bearbeitung des Ma-
terials und Beleuchtung der einschlägigen Fragen und
Verhältnisse als eine 144 Druckseiten starke Brochüre
herausgegeben; Dieselbe ist unter dem Titel: „Die
gewerblichen Fortbildungsschulen Deutsch-
lands, Reisestudien und Reform-Vorschläge“, soeben
im Verlage des Hofbuchhändlers Bacmeister in Eisenach
erschienen. Wie behalten uns vor, auf den reichen
Inhalt des der Beachtung der interessirten Kreise wohl
zu empfehlenden Werkchens näher zurückzukommen, so-
bald eine Abnahme in der Fülle parlamentarischen
Stoffes uns dafür den Raum gewinnen läßt. Für
heute heben wir aus demselben nur hervor, daß am
Schlusse seiner eingehenden, zum Theil durch statistische Ta-
bellen unterstützten Mittheilungen der Verfasser eine
Reihe von Reform-Vorschlägen begründet, die er in
acht Thesen ungefähr wie folgt zusammenfaßt: 1) Reform
des Zeichnen-Unterrichts und praktische Ausbil-
dung der Volksschullehrer in diesem Unterrichtszweige;
2) Einführung obligatorischer Lehrlingsschulen,
daneben 3) facultative gewerbliche Fortbildungs-
schulen und 4) gewerbliche Zeichnenschulen; 5) Bil-
dung einer vom Handelsministerium ressortirenden
General-Commission zur Oberleitung dieser Schulen,
deren erstes Prinzip die Fachbildung, deren secun-
däre Aufgabe erst allgemeine Bildung sein soll; 6) Be-
schaffung besserer Lehrmittel für die Fortbildungs-
schule durch die gedachte General-Commission; 7) Erlaß
gesetzlicher Normativbestimmungen für Fort-
bildungsschulen; 8) lebhafte Pflege der kunst-
gewerblichen Fachschulen durch den Staat.

* Zum Pfarrer in Hela ist gestern vom Magistrat
der hiesige Predigtamts-Candidat Hr. Hugo Göhrke
gewählt worden.

* Gestern Nachmittags wurde Herr Rentier Thiel
auf dem Friedhofe der evangelischen Gemeinde zu Ohra
zur Erde bestattet. Viele Mitglieder des Magistrats
sowie der zeitige Vorsitzende desselben Hr. Bürgermeister
Meckbach und eine größere Anzahl Stadtverordneter ge-
leiteten neben ehemaligen Collegen und Freunden den
seit dem 14. October 1822 den hiesigen städtischen
Körperschaften angehörenden Verstorbenen zu Grabe.
Die Ansprache an die zahlreiche Trauer-Versammlung
hielt Herr Pfarrer Harms, in derselben ein kurzes
Lebensbild des Entschlafenen entrollend.

* [Wilhelm-Theater.] Der Balletmeister Hr.
Gundlach und die Solotänzerinnen Frl. Chrapal
und Frl. Krause begannen gestern ihr Gastspiel mit
vielem Erfolg. Das grand pas de deux kennzeichnete
ihn sowohl wie Frl. Chrapal als ganz vorzügliche
Vertreter auf diesem Gebiete. — Außer der Wiederho-
lung des Charakterbildes „Der Kesselflicker Thomas“
kam die Posse „Nummer 77“ zur Aufführung, welche,
da dieselbe von den Mitwirkenden recht flott gegeben
wurde, die beste Aufnahme fand.

** [Polizeibericht.] Verhaftet: der Knabe B.
wegen Diebstahls; der Arbeiter P. wegen groben Un-
fugs und Angriffs gegen einen Beamten im Dienst; der
Arbeiter W. wegen Verhinderung der Arretirung; der
Schneidergeselle M. und Tischlergeselle F. wegen Miß-
handlung; der Schmied R. wegen Beleidigung eines
Beamten im Dienst; 21 Obdachlose, 5 Dirnen, 3 Bettler,
1 Betrunkener. — Gestohlen: der Fleischerfrau R. durch
die Arbeiterfrau B. verschiedene Quantitäten Fleisch;
von einem Unbekannten ein Dienstbuch auf den Namen
Valentin Kirlinski lautend. — Gefunden: auf der Lang-
gasse eine schwarze Gummimütze. — Eingeliefert: eine
Doppelkrone von dem Führer der Droschke No. 101,
welche am 23. d. Abends von einem unbekannten Herrn
als Fahrgeld statt eines Markstücks an ihn irrthümlich
gezahlt worden.

* Tiegenhof, 27. April. In der Nacht zum
letzten Sonntage ist in Grenzdorf eine von 4 Familien
bewohnte Kathe niedergebrannt. Das Feuer vernich-
tete nicht nur die gesammte Habe der Bewohner des be-
treffenden Hauses, sondern es wurden dabei auch sämmt-
liche Mitglieder der aus Mann, Frau und 3 Kindern
bestehenden Familie des Fischers Glage durch Brand-
wunden zum Theil sehr schwer verletzt, am bedeu-
tendsten Frau Glage, welche im hiesigen Lazareth lebens-
gefährlich darniederliegt.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 27. April.

Weizen loco ruhiger, pr. Tonne von 2000 ℔

feinglasig u. weiß	130-135℔	260-275 M Br.	240-266 M bez.
hochbunt . . .	127-133℔	255-265 M Br.	
hellbunt . . .	125-130℔	260-270 M Br.	
bunt	125-130℔	255-265 M Br.	
roth	128-134℔	250 265 M Br.	
ordinair . . .	112-132℔	220-235 M Br.	

Regulirungspreis 126℔ bunt lieferbar 257 M

Auf Lieferung pr. April-Mai 260 M Br., 257 M Gd., pr. Mai-Juni 259 M Br, pr. Juni-Juli 258 M Gd., pr. Juli-August 258 M Gd.

Roggen loco fest, pr. Tonne von 2000 ℔
Inländ. 173 M, russischer 172 M pr. 120 ℔
Regulirungspreis 120℔ lieferbar 172 M, Unterpolnischer 175 M
Auf Lieferung pr. April-Mai Unterpolnischer 180 M Br.

Gerste loco pr. Tonne von 2000 ℔ große 110℔ 168 M

Erbsen loco pr. Tonne von 2000 ℔ weiße Mittel-152 M, weiße Futter- 147 M, Regulirungspreis 147 M weiße Futter- pr. Mai-Juni 149 M bez.

Spiritus loco pr. 10,000 pCt. Liter 55 M bez.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage, —. Amsterdam, 8 Tage, 169,70 gem. 4½ pCt. Preußische Consolidirte Staats-Anleihe 103,20 Gd. 3½ pCt. Preuß. Staatsschuldscheine 90,30 Gd. 3½ pCt. Westpr. Pfandbriefe, ritterschaftlich 79,80 Gd., 4 pCt. do. do. 90,30 Gd, 4½ pCt. do. do. 99,80 Br. 5 pCt. Pommersche Hypotheken-Pfandbriefe 100,25 Br. 5 pCt. Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101,25 Br.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 27. April 1877.

Getreide-Börse. Wetter: mildere Luft und Nordwest-Wind.

Weizen loco ist am heutigen Markte wohl im All-
gemeinen in ruhigerer Stimmung gewesen, doch wurden
für guten feinen und auch rothen Weizen gestrige
Preise bewilligt; nur abfallende Gattungen zeigen sich
weniger beachtet. Im Ganzen sind heute 1300 Tonnen
gekauft und ist bezahlt für 129℔ bezogen 240 M, besserer
126/7, 129/30℔ 246 250 M, Sommer- 124, 132℔ 250,
255 M, roth 126℔ 258 M, rothbunt besetzt 120, 125℔
241, 247 M, gut bunt 125, 126℔ 254, 256 M, hellbunt
und glasig 127/8℔ 262 M, 128/9℔ 264, 265, 266 M,
fein hochbunt glasig 129/30℔ 267 M, weiß 130℔ 268
M pr. Tonne. Termine geschäftslos. April-Mai 260
M Br., 257 M Gd., Mai-Juni 259 M Br., Juni-Juli,
Juli-August 258 M Gd. Regulirungspreis 257 M
Gekündigt 100 Tonnen.

Roggen loco fest und höher bezahlt, russischer 116℔
168 M, 119℔ besserer 171 M, 120℔ 172 M, inländischer
124℔ 179 M, 125℔ 181 M, 126℔ 179 M pr. Tonne
bezahlt. Termine in schwachem Angebot, unterpolnischer
Mai-Juni 180 M Br. Regulirungspreis 172 M, unter-
polnischer 175 M — Gerste loco matt, große 11[illegible]℔
168 M, feine 116℔ 172 M pr. Tonne. — Erbsen loco
fest, Futter- 147 M, Mittel- 152 M pr. Tonne bezahlt.
Termine Futter- Mai-Juni 149 M bez. Regulirungs-
preis 147 M — Winter-Rübsen loco geschäftslos.
Termine gestern Sept.-October 310 M bez. — Spiritus
loco wurde zu 55 M pr. 10 000 Liter pCt. gekauft.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 26. April. [Productenmarkt.] Weizen loco höher, auf Termine fest. — Roggen loco höher, auf Termine fest. — Weizen pr. April-Mai 126℔ 251 Br., 250 Gd., pr. Juli-August 126℔ 1000 Kilo 253 Br., 252 Gd. — Roggen pr. April-Mai 175 Br., 174 Gd., pr. Juli-August 1000 Kilo 177½ Br., 176½ Gd. — Hafer fest. — Gerste ruhig. — Rüböl ruhig, loco 68½, pr. Mai pr. 200℔ 67½. — Spiritus still, pr. 100 Liter 100 pCt. pr. April 40, pr. Mai-Juni 40, pr. Juli-August 42, pr. August-September 43 — Kaffee sehr belebt, Umsatz 6000 Sack. — Petroleum behauptet, Standard white loco 13,75 Br., 13,50 Gd., pr. August-Dezember 14,00 Br. — Wetter: Bedeckt.

Bremen, 26. April. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 13,25 bez., pr. April 13,10, pr. Mai 13,00, pr. Juni 13,00, pr. August-Dezember 14,25.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 26. April. Wind: O

Angekommen: Stolp (SD.), Marx, Stettin, Güter.

Gesegelt: Simon, Bendrat, Havre; Courier, Feldtmann, Hamburg; Catharina, Möller, Altona; 3 Gebrüder, Jacobsen, Harburg; Elsche Marie, Albers, Oldersum; Elise, Heinsohn, Tönning; Gottfried Jung, Gent; Vesta, Stubbe, Grimsby; Carl Otto, Müntz, Rostock; Bernhard, Bruhn, Weymouth; Victor, Kranert, Ostende; Hoffnung, Ulrichs, Kleiensiel; Adolph, Hansen, Dordrecht; Hosianna, Förthmann, Tönning; Ettina, Freesemann, Papenburg; Victoria, Schultz, Bordeaux; Armin, Fretwurst, Exmouth; Activ, Spiegelberg, Chatham; Maria, Darmer, Dover; Alwine, Krumm, Boulogne; Mathilde, Lübke, Cargofleet; Elwine Kreplin, Fischer, Sunderland; Dolly, Schultz, Grimsby; sämmtlich mit Holz. — Uranus, Hartje, Hamburg; Fenna, Mümkes, Kopenhagen; Star of Peace, Smith, Leith; Progreß, Innes, Gloucester; Lochnagar, Lyall, Leith; Conatio (SD.), Jost, Dublin; sämmtlich mit Getreide. — Christine, Paulsen, Aarhuus; Auguste Mathilde, Seidel, Kiel; 3 Gezüsters, Plukkje, Harburg; Anna, Behrens, Grimsby; August, Heitmann, Ipswich; Elisabeth, Schacht, Harburg; Johanna, Jahn, Wilhelmshafen; de jonge Gerrit, Hazewinkel, Harlingen; sämmtlich mit Holz. — Braemar (SD), Connon, Königsberg, leer.

27. April. Wind: NNO.
Nichts in Sicht.

Thorn, 26. April. Wasserstand 8 Fuß 6 Zoll.
Wind: W. Wetter: regnigt, Nachm. bewölkt.

Stromauf:

Von Danzig nach Wloclawek: Rudnicki, Commandit-Gesellschaft, Steinkohlen.

Von Danzig und Thorn nach Warschau und Nieszawa: Ulawski, Dauben u. Jck, Heilfron, Roheisen, Façoneisen, Bürsten, Wagenfett, Stahl, grobe Eisenwaaren.

Von Danzig nach Warschau: Rachotzki, Dauben u. Jck, Roheisen, Façoneisen, Salzsäure. — Schweinshaupt, Dauben u. Jck Soda, Theer. — Schmidt, Neisser, Rothenberg, Kloß, Reis, Castoröl, Salmiak, carb. Ammoniak, Borax, Kupfervitriol, Oxalsäure, Rhabarber, Soda bicarbonicum, caust. Soda, Sicheln, Cement, Harz.

Stromab:

Dossow, Brandt, Rozwadow, Bromberg, 5 Traften, 1833 St. Balken w. H., 1200 St. Eisenbahnschwellen.
Grün, Lewin, Thorn, Berlin, 1 Zille, 357 St. Balken w. H.
Wegner, Lewin, Thorn, Berlin, 1 Zille, 289 St. Balken w. H.

Meteorologische Beobachtungen.

April	Stunde	Barometer-Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
26	4	337,01	+ 5,3	O., flau, bed., Regen.
27	8	337,85	+ 2,7	Windstille, bedeckt.
	12	337,75	+ 6,4	„ bewölkt.

Heute Morgen 6 Uhr wurde meine liebe Frau **Marie**, geb. **Hepner**, von einem Knaben glücklich entbunden.

5166) Dr. **Fewson.**

Durch die glückliche Geburt einer Tochter wurden wir hoch erfreut.

Fischau, den 26. April 1877.

5193) **O. Gehrt** und Frau.

Die Verlobung unserer Tochter **Johanna**, mit dem Fabrikbesitzer Herrn **Emil Siede** in Elbing, beehren wir uns ergebenst anzuzeigen.

Pr. Stargardt, den 25. April 1877.

5154) **J. Radtke** und Frau.

Meine Verlobung mit **F. M. Müntz** aus Artschau erkläre ich hiermit als aufgehoben. **Johann Fritz.**

Nach langen schweren Leiden entschlief ruhig und sanft heute früh unser vielgeliebter Vater, Schwieger- und Großvater

Joh. Bestvater

im 82sten Lebensjahre, welches theilnehmenden Freunden und Bekannten tief betrübt anzeigen

die Hinterbliebenen.

Marienwerder, den 25. April 1877.

Concurs-Eröffnung.

Königliches Kreis-Gericht zu Marienwerder,
Erste Abtheilung,
den 23. April 1877, Vormittags 11½ Uhr.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Rudolph Funck** zu Marienwerder ist der kaufmännische Concurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 26. Februar 1877 festgesetzt.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann Ferdinand Lück sen. hier bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert in dem auf

den 5. Mai 1877,
Vormittags 10 Uhr,

in dem Verhandlungszimmer No. 10 des Gerichtsgebäudes vor dem gerichtlichen Commissar Herrn Kreisrichter Karlewski anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters, sowie darüber abzugeben, ob ein einstweiliger Verwaltungsrath zu bestellen und welche Personen in denselben zu berufen seien.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitze der Gegenstände

bis zum 1. Juni 1877

einschließlich dem Gerichte oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen, und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Concursmasse abzuliefern. Pfandinhaber oder andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken uns Anzeige zu machen. (5176

Vorschuß-Verein zu Danzig.

Eingetragene Genossenschaft.

Donnerstag, den 3. Mai, Abends 7 Uhr, im kleinen Saal des Gewerbehauses

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1) Geschäftsbericht per 1877, I. Quartal. (§ 38b des Statuts.)
2) Abänderung der seitherigen Bestimmungen des **Höchstbetrages**, welchen
   a) sämmtliche den Verein belastende **Anlehen** zusammen
   b) die bei einem einzelnen Mitgliede **gleichzeitig** ausstehenden Credite **nicht überschreiten dürfen.** (§ 46, 10 des Statuts).
3) Eventueller Erwerb eines zur Subhastation gestellten Grundstücks (§ 46, 4 des Statuts).
4) Wahl eines Revisors (§ 74 des Stat.).

Der Verwaltungsrath des Vorschuß-Vereins.
Dr. Hein,
Vorsitzender. (5151

Wanted by a first class Fire Bricks and Colliery Company in Newcastle on Tyne Agents for **Danzig.** None need apply who cannot introduce good and safe bussiness. Applications in Englisch with testimonials and references to be made to Fire Bricks care of **Mr. Mills,** Echange Room, **Newcastle on Tyne.** (5181

Der Sommer-Cursus

in dem Kindergarten Poggenpfuhl 11, beginnt am 1. Mai. Spiele u. Beschäftigungen werden bei schönem Wetter im Garten ausgeführt. Anmeld. neue Kinder werden tägl. angenommen. Auch können sich noch 2 junge Mädchen zur Ausbildung von Kindergärtnerinnen melden.

Luise Grünmüller.

Gewinnlisten

der Königl. Pr. Klassen-Lotterie, Ziehung den 2. Mai, herausgegeben von A. E. Engels, Berlin, Josefstraße No. 7, sind **nur** durch mich zu beziehen und bitte daher um schleunige gefällige Aufträge.

Ergebenst
Bernhard Sternberg,
5130) Langgasse No. 27.

Schmerzlose Zahnoperationen,
Atelier für künstliche Zähne, Plombiren mit Gold, Silber 2c.
G. Wilhelmi, Marienwerder.

Da sich viele Käufer gemeldet, bitte ich um specielle Anschläge von Gütern jeder Größe; auch ist die Erneuerung der schon früher eingesandten Prospecte erwünscht.

C. Emmerich, Marienburg.

Die Unterzeichneten mit ihren Bezirks-Agenturen empfehlen den Herren Landwirthen zum gefälligen Versicherungsbeitritt gegen Hagelschaden

die Hagel-Versicherungsbank für Deutschland von 1867.

Die Prämienbeiträge betrugen für alle Mitglieder in den letzten 3 Jahren im Durchschnitt ¾ %; für dies Jahr stellen sich dieselben in West- und Ostpreußen für Halm- und Hülsenfrüchte auf ⅔ bis 9/10 %, für Oelfrüchte auf 1 bis 13/10 %. **Mitglieder, welche auf 2 bis 5 Jahre beitreten, genießen besondere Vortheile.**

Die Hagelschäden werden unter Mitwirkung der Herren Bezirksdeputirten und möglichst aus der Zahl der Mitglieder abgeschätzt und bis zu 15tel herunter unter Festhaltung der versicherten Preise und Erträge prompt bezahlt.

Prospecte nebst Tarif und Versicherungs-Bedingungen 2c. versenden Unterzeichnete, sowie die unten aufgeführten Bezirks-Agenten auf Wunsch umgehend und franco, und sind dieselben zur Aufnahme von Versicherungs-Anträgen persönlich stets bereit.

Danzig, im April 1877.

Richd. Dühren & Co.,
General-Agenten.

In Arnau pr. Seubersdorf: Hr. Organist **Bachor.**
" Arnsfelde: Hr. Lehrer **M. Froehlich.**
" Alt-Skompe pr. Culmsee: Hr. Agent **F. Schülde.**
" Braunsberg: Hr. **A. v. Gasecki.**
" Berent: Hr. Kaufmann **L. v. Czarnowski.**
" Bischofswerder: Hr. Lehrer **Minkley.**
" Braunsdorf pr. Mariensee: Hr. Lehrer **Schliedermann.**
" Bromberg: Hr. **C. Colin.**
" Bordzichow: Hr. Lehrer und Organist **Kopittke.**
" Briesen: Hr. Lehrer **A. Jesionowski.**
" Culm: Hr. **J. v. Suffczynski.**
" Czersk: Hr. Kaufmann **C. Eilers.**
" Christburg: Hr. Actuar **Wossack.**
" Dirschau: Hr. Kaufmann **J. J. Goertz.**
" Dammin pr. Hammerstein: Hr. Ortsvorsteher **C. Koch.**
" Dt. Damerau pr. Marienburg: Hr. Ortsvorsteher **Woelk.**
" Doberlage pr. Gr. Zacharin: Hr. Lehrer **Weichel.**
" Dalwin pr. Hohenstein: Hr. Lehrer **Girnus.**
" Danzig: Hr. Lehrer **Dittmar.**
" Dt. Eylau: Hr. Kaufmann **Hugo Nieckau.**
" " " Hr. Lehrer **Rüster.**
" Eichwalde pr. Gilgenburg: Hr. Lehrer **A. Schultz.**
" Elbing: Hr. Kaufmann **F. J. Strobel.**
" " Hr. Kaufmann **Joh. Kalender.**
" Flatow: Hr. Lehrer **Ed. Loehrke.**
" Freystadt: Hr. Maurermeister **Schwanhäuser.**
" Grabau pr. Marienwerder: Hr. Lehrer **Lehmann.**
" Graudenz: Hr. **B. Krzywinski.**
" Garnsee: Hr. Rentier **Orlowius.**
" Gramten p. Raudnitz: Hr. Lehrer **H. Zech.**
" Gr. Komorsk pr. Warlubien: Hr. Besitzer **C. Gramse.**
" Gr. Louk p. Terespol: Hr. Zimmermeister **Siegel.**
" " " " " Hr. Kaufmann **Segall.**
" Gollub: Hr. Lehrer **Kujawski.**
" Gerdauen: Hr. Bureauvorsteher **M. Moslehner.**
" Hammerstein: Hr. Lehrer **Holst.**
" Unter-Kahlbude pr. Löblau: Hr. Agent **Julius Ising.**
" Klonia pr. Rittel: Hr. **J. Berent.**
" Kladau pr. Praust: Hr. Lehrer **A. Schmidt.**
" Kamerau pr. Schoeneck: Hr. **A. Rahn.**
" Kl. Plochoczyn pr. Warlubien: Hr. **M. Krüger.**
" Kollenz pr. Pr. Stargardt: Hr. Lehrer **Steinborn.**
" Krojanke: Hr. **O. Mylius.**
" Kulitz pr. Pelplin: Hr. Lehrer **Karschnik.**
" Kohling pr. Hohenstein: Hr. Lehrer **F. Witt.**
" Lubianen pr. Berent: Hr. Taxator **Baganz.**
" Loebau: Hr. Kaufmann **A. Badt.**
" " " Lehrer **Stertz.**
" Lautenburg: Hr. Lehrer **J. Lange.**
" " " " **Wons.**
" Lenzen pr. Tolkemit: Hr. Lehrer **A. Werner.**
" Lubicki pr. Schwarzwasser: Hr. Lehrer **Weiznerowski.**
" Liskau pr. Tuchel: Hr. Lehrer **Eick.**
" Mareese pr. Marienwerder: Hr. Kaufmann **J. Claassen.**
" Marienwerder: Hr. Kaufmann **F. J. Lück.**
" Mewe: Hr. **Emil Hoffmann.**
" Meisterwalde pr. Mariensee: Hr. Lehrer und Organist **A. Klatt.**
" Neumünsterberg: Hr. Kaufmann **Otto Reincke.**
" Neustadt: Hr. Bureauvorsteher **Winkelmann.**
" Neuhoff pr. Radomno: Hr. **E. Degurski.**
" Neu-Moesland pr. Pelplin: Hr. **Gust. Rackowski.**
" Neuenburg: Hr. Lehrer **Pomierski.**
" Neidenburg: Hr. Bureauvorsteher **Trosien.**
" Niedeck pr. Sierakowitz: Hr. Lehrer **Tkaczik.**
" Pr. Stargardt: Hr. Rentier **H. J. Berthold.**
" Peterswalde pr. Bergfriede: Hr. **Aug. Kaisler.**
" Pollenczyn pr. Mariensee: Hr. Lehrer **Luetzow.**
" Pelplin: Hr. Choralist **J. Raiske.**
" Podgorsz pr. Thorn: Hr. Lehrer **Nowack.**
" Rehden: Hr. Posthalter **Wolfeil.**
" Radoszk pr. Bartnitzka: Hr. Rittergutsbesitzer **L. v. Bloch.**
" Rosenberg: Hr. **F. Rehbein.**
" Richnau pr. Schoensee: Hr. Lehrer **Baecker.**
" Rukoschin pr. Dirschau: Hr. Mühlenbesitzer **Lutz.**
" Radomno: Herren **Czolbe** und **Reinhold.**
" Schoeneck: Hr. Canzlist **F. John.**
" " " **R. O. Kluge.**
" Sobonz pr. Neu-Palleschken: Hr. Lehrer **Weiher.**
" Schadwalde pr. Marienburg: Hr. Amtsvorsteher **G. Krause.**
" Schlochau: Hr. Kaufmann **Simon Weile.**
" Schwetz: Hr. Kaufmann **H. Rosenthal.**
" Strasburg: Hr. Secretair **C. Zander.**
" Stuhm: Hr. Gastwirth **Kowalski.**
" Soldau: Hr. **J. Sieroka.**
" Trutenau-Herrenland pr. Gr. Zünder: Hr. Lehrer **Küttner.**
" Tuchel: Hr. Kaufmann **Moritz Stern.**
" " " Bautechniker **Szczepanski.**
" " " Kaufmann **M. Maske.**
" Vandsburg: Hr. Lehrer **Schroeder.**
" Vierzighuben pr. Uderwangen: Hr. **C. G. Ball.**
" Wossitz pr. Gr. Zünder: Hr. Organist **Boettcher.**
" Weichselburg pr. Neuenburg: Hr. Stellmachermeister **Fr. Freytag.**
" Wittichwalde pr. Reichenau: Hr. Lehrer **Klimmeck.**
" Wensiorri pr. Sullenczyn: Hr. **Kantowski.**
" Zempelburg: Hr. Bürgermeister **Petrich.**
" Zeisgendorf pr. Dirschau: Hr. Taxator **Schlesier.** (5159

Pflüge, Grubber, Cultivatoren, Eggen, Walzen, Breitsäemaschinen, Drillmaschinen, Kleekarren, Torfstech-maschinen, Torfpressen, Molkerei- und Garten-Geräthe

empfehlen zu ermäßigten Preisen unter Zusendung besonderer Preislisten

Glinski & Meyer in Danzig,
Comtoir, Niederlage und Reparatur-Werkstatt: Vorstädt. Graben No. 33a.

Auction Reitbahn No. 15.

Dienstag, den 1. Mai 1877, Nachmittags 3 Uhr, werde ich am angeführten Orte im Auftrage der Erben des verstorbenen Rentiers Herrn J. S. Ketler

das an der Reitbahn No. 15 der Servitszählung vor dem Langgasse'schen Thore No. 14, der Hypothekenbezeichnung gelegene Stallgebäude

in öffentlicher Auction an den Meistbietenden verkaufen und sind die Hypotheken und sonstigen Bedingungen in meinem Bureau, Hundegasse No. 111, einzusehen resp zu erfahren, werden auch im Auctions-Termine an Ort und Stelle bekannt gemacht werden.

Jeder Bieter hat eine Caution von Mark 1000 baar zu deponiren.

Joh. Jac. Wagner Sohn,
4727) Auctionator, Bureau: Hundegasse No. 111.

Erfurter Damen-Schuhe.

Alleinige Niederlage in Danzig bei

Langgasse 69. **H. A. Holst,** Langgasse 69.

Damen-Hausschuhe von 15 Sgr. an,
" **Promenadenschuhe** 25 Sgr. bis 30 Sgr.,
" **Stiefel** zum Schnüren und mit Absatz 35 Sgr.,
" **Stiefel mit Gummizug** von 1 Thlr. 20 Sgr. an,
Kinder-Stiefel in Zeug und Leder von 15 Sgr. an,
Doppelsohlige Herren-Stiefel zu 3 Thlr. 15 Sgr.
empfiehlt

Langgasse No. 69, H. A. Holst, Langgasse No. 69.

Die Asphalt- und Dachpappen-Fabrik

von

Eduard Rothenberg,
Comtoir: Jopengasse No. 12,

empfiehlt:

Asphaltirte Dachpappen in verschiedenen Stärken in Bahnen und Tafeln
Asphalt-Dachlack zum Anstrich neuer u. schadhaft gewordener Pappdächer,
Asphalt in Broden, als Zusatz zum Steinkohlentheer beim Anstrich der Pappdächer,
Asphaltplatten zur Isolirung von Fundamenten u. Abdeckung von Gewölben,

ferner:

Pappstreifen, Deckleisten, Lattennägel, Pappnägel, Steinkohlentheer zu den billigsten Preisen,
Eindeckungen mit asphaltirter Dachpappe, sowie **Reparaturen** aller Ar[t] werden bestens ausgeführt. (4252

Bergschlößchen-Bierbrauerei Braunsberg

empfiehlt Lagerbier in 1/1, 1/2, 1/4 und 1/8 To. (altes Maaß).
Niederlage bei Herrn **Robert Krüger,** Hundegasse 34. (4497

So eben empfing:

Neue Lissaboner Kartoffeln.

2. Damm 15. **Friedrich Groth,** 2. Damm 15.

Ein Bauunternehmer (Maurer) für Reparatur und Neubau, empfiehlt sich bei vorkommenden Bauarbeiten, in der Stadt u. auf dem Lande und bittet die geehrten Herrschaften ergebenst, ihn bei vorkommendem Bedarf, mit Aufträgen zu beehren.

Brischke, Bauunternehmer,
5171) Tischlergasse No. 47.

Ratten, Mäuse, Wanzen, Schwaben, Motten 2c. vertilgt mit 1 jähriger Garantie, auch empf. Medicamente zur Vertilgung des Ungeziefers. (5168
J. Dreyling, k. k. Kammerj., Tischlerg. 31.

Für Jäger und Hundebesitzer!

Spatt's Patent
Fleischfaser-Hundekuchen.

Dieses vorzügliche engl. Fabrikat ist allen Hundebesitzern als das **gesundeste** und **billigste** Hundefutter zu empfehlen.

Dasselbe wird von der englischen und französischen Presse, sowie auch von hiesigen angesehenen Jägern, welche dasselbe seit einiger Zeit gebrauchen, auf das günstigste beurtheilt.

Niederlage bei **Albert Kleist, Danzig, Langgasse No. 67, Eingang Portechaisengasse.** (5100

Ein ½ Meile von Danzig

beleg., gut eingebauter Grundbesitz von 248 Morg., durch Stadtdünger in hoher Cultur, mit kräft. werthv. Inventar u. bedeut. Vorrath, besten Hypothekenverh., zu dem sehr bill. Preise von 13,500 Thlr. bei 4 bis 5000 Thlr. Anzahlung abzugeben durch
J. R. Woydelkow, Danzig, Breitgasse 43.

In bester Gegend Westpreußens ist ein Gut von 610 Morg. mildem tragbarst. Lehmboden, ca. 50 Morg. 2schn. Wiesen, 1 Meile ab Bahnstation, ½ Meile von der Stadt, mit neuen theilw. massiv. Gebäuden, sehr gutem Inventar, schön. Saaten, bedeut. Vorräthen, fest gereg. Hypoth., ortsveränderungsh., für 40,000 Thlr. bei 10—12,000 Thlr. zu verk. durch
J. R. Woydelkow, Danzig, Breitgasse 43.

Ein neues, höchst elegantes Pianino ist für einen billigen Preis zu verkaufen. Näheres Breitgasse No. 13, 1 Treppe. (5177

Ein polisander Pianino,
preiswerth zu verk. 3. Damm 3, part.

Pianinos u. Tafelpianos, zu vermiethen 3. Damm 3, part.

Aus dem Abbruch des Hauses Hundegasse No. 9, sind ca. **3000 Stück noch gut erhalt. gr. Dachpfannen** zu verkaufen.

---

4 große Werderkühe

stehen zum Verkauf bei **L. Wohlgemuth,** Pr. Stargardt. (5156

Roggen-Richtstroh ist zu haben ab Kahn.
Näheres Mattenbuden No. 14.

Ein alleinstehender, pensionirter höherer **Beamter** wünscht sogleich oder später die Verwaltung eines Hauses oder in Abwesenheit der Herrschaft die Beaufsichtigung eines Haushalts zu übernehmen. Adressen werden unter No. 5104 in der Exped. dieser Ztg. erbeten.

Ein Manufakturist

sucht Stellung pr. 1. Mai. Gef. Off. unt. 5167 in der Expd. d. Ztg. erb.

Ein junger Mann, aus anständ. Familie, findet zu Johanni cr., **zur Erlernung der Landwirthschaft oder zur weiteren Ausbildung in derselben,** bei mir ohne Pension freundliche Aufnahme.

Blonaken bei Christburg.
5152) **L. Crohn.**

4000 Thlr. werden zur 1. Stelle auf ein Haus auf der Vorstadt gewünscht. Feuerversicherung 12000 Thlr. Adr. werden unter No. 5150 in der Exped. dieser Ztg. erbeten.

Ein gebild. Mädchen, mit vorzügl. Zeugn. u. Empfehl., wünscht gleich oder vom 1. Juli als Gesellschafterin, Reisebegleiterin, oder zur Stütze der Hausfrau, gleichzeitig den Unterricht und die Erziehung jüngerer Kinder übernehmend, engagirt zu werden. Näh. Faulgraben 9, Th. a, part. links.

Eine für höhere Töchterschulen geprüfte Lehrerin, wünscht Kindern (Knaben u. Mädchen) Vormittags Privat-, Nachmittags Nachhilfestunden zu ertheilen. Weiter vorgeschritt. K. können in allen Schulwissenschaften, franz. u. engl. Sprache, im Zeichnen u. Musik unterrichtet werd. Meld. an Hr. Direct. Dr. **Neumann,** Jopeng. 52.

Eine tücht., zuverlässige Wirthin, mit guten Zeugnissen versehen, findet zum 20. Juni Stellung in **Gr. Stanau** bei Christburg.

Zur Unterstützung der Hausfrau sucht ein j. Mädchen aus guter Familie e. Stelle. Off. unter **E. T.** postlag. **Marienburg.**

Eine Kindergärtnerin wünscht unter besch. Anspr. in einer Familie Stellung. Adr. w. unter 5127 in der Exp. d. Ztg. erb.

Ein practischer Landwirth, unverheir., cautionsfähig, sucht Stellung auf einem kleinen Gute bei geringen Ansprüchen.

Adressen werden unter No. 5170 in der Exp. d. Ztg. erb.

---

50 Thlr. sofort gesucht. Adressen werden unter 5160 in der Exp. d. Ztg. erb.

Das Geschäfts-Local

Langgasse 29 in welchem seit einigen 30 Jahren mit dem besten Erfolg ein Weißwaaren- u. Möbelstoff-Geschäft bestanden hat, ist zu vermiethen.
Näheres daselbst 1 Tr.

Ein möblirtes Zimmer nach vorne ist an einen Herrn zu vermiethen. Auf Wunsch auch Betten Brodbänkeng. 12, 3 Tr.

Hundegasse No. 80, 1 Treppe, ist ein Comtoir sofort zu vermiethen; ferner die dritte Etage.
Näheres daselbst im Comtoir.

---

3 Speicher-Oberräume, auf der Insel, werden zu **miethen,** oder ein Speicher zu **kaufen** gewünscht. Adressen werden unter 5185 in der Exp. d. Ztg. erb.

Brodbänkengasse 31.

Empfehle mein elegant und bequem eingerichtetes Speiselocal.

Verabreiche einen guten Mittagstisch von 12 bis 3 Uhr à Couvert 50 ₰ Abonnenten werden berücksichtigt.

5164) **J. Martens.**

Wilhelm-Theater.

Sonnabend: **3. Gastspiel** des Herrn Balletmeister **Grundlach,** Frl. **Chrapal** u. **Krause.** — **Gastspiel** des Herrn **Ohaus.**

Stettiner Pferde-Lotterie, Ziehung den 7. Mai cr., Loose à Mk. 3. — Königsberger Pferde-Lotterie, Ziehung 30. Mai cr., Loose à Mk. 3. — bei
5187) **Th. Bertling,** Gerberg. 2.

Einen Posten

Türkische Pflaumen,

vorzüglich süße schöne Frucht,

verkaufe zu billig. Preise.

Albert Meck, Heiligegeistgasse 29.

Verantwortlicher Redacteur **H. Röckner,**
Druck und Verlag von **A. W. Kafemann** in Danzig.

Hierzu eine Beilage.